

Sabine Pitscheider

DAS SPÖ-PARTEIHAUS in der Salurner Straße 2 1924 – 1962

 **Renner**Institut
TIROL



SPÖ Tirol

Das SPÖ-Parteihaus in der Salurner Straße 2 1924 – 1962

Inhalt

Vorwort	Seite 5
1. Das erste Arbeiterheim in Innsbruck 1902–1924	Seite 6
2. Das Arbeiterheim Sonne 1924–1934	Seite 12
3. Beschlagnahme Februar 1934.....	Seite 19
5. Die Bundespolizeidirektion in der Sonne 1936–1945	Seite 24
6. Zurück zur Republik 1945	Seite 27
7. Restitution 1945–1950	Seite 28
8. Aufteilung 1951–1962.....	Seite 31
Bibliographie.....	Seite 35

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie Tirols,

Das SPÖ-Parteihaus in der Salurner Straße 2 ist weit mehr als nur ein Gebäude – es ist ein lebendiger Zeuge unserer Geschichte, ein Ort, der von den Grundwerten der Sozialdemokratie geprägt ist: Freiheit, Gleichheit,



Gerechtigkeit und Solidarität. Seit 1924 ist dieses Haus die politische Heimat der SPÖ Tirol und ein symbolträchtiger Treffpunkt für all jene, die sich unermüdlich für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft einsetzen.



Die folgenden Seiten werfen einen Blick auf den ersten Teil der bewegten Geschichte unserer Zentrale. Früher Hotel „Goldene Sonne“, ab 1924 von Partei und Gewerkschaft zunächst als Versammlungsort genutzt, wurde das Gebäude am 12. Februar 1934 von der Polizei gemeinsam mit Abteilungen der Heimatwehr besetzt und beschlagnahmt. Von

1936 bis 1945 diente das Gebäude als Polizeipräsidium und Gefängnis. In der Zweiten Republik erhielten Partei und Gewerkschaft die Liegenschaft zurück.

Diese Broschüre gewährt einen tiefen Einblick in die bewegte Geschichte des Hauses. Sie zeigt, wie sehr dieser Ort mit den Werten unserer Bewegung verbunden ist und welche Herausforderungen und Erfolge er miterlebt hat. Vor allem aber wird deutlich, dass das Parteihaus in der Salurner Straße 2 bis heute ein lebendiger Ort der Begegnung und des Austauschs ist – ein Ort, an dem die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität weiterhin täglich gelebte Realität sind.

Die erste Auflage dieser Broschüre erschien im Jubiläumsjahr 2024 – einem Jahr, in dem wir 150 Jahre sozialistische Arbeiterbewegung in Tirol gefeiert, der Februarkämpfe zum 90. Mal gedacht und auf 100 Jahre Parteihaus in der Salurner Straße 2 zurückgeblickt haben. Diese Jubiläen waren nicht nur ein Anlass zur Rückschau, sondern auch eine Einladung, die Lehren der Geschichte wachzuhalten und mit frischem Mut und Entschlossenheit die Herausforderungen der Zukunft anzugehen.

Ein herzlicher Dank gilt allen, die an der Entstehung dieser Dokumentation mitgewirkt haben. Möge sie uns allen nicht nur als Erinnerung dienen, sondern uns auch inspirieren, weiterhin für die Werte der Sozialdemokratie einzutreten und unser Engagement für ein gerechteres Tirol von morgen fortzusetzen.

In Freundschaft,


LHStv. Philip Wohlgemuth
Gf. Landesparteivorsitzender


Eva Steibl-Egenbauer, BA
Landesgeschäftsführerin

Das SPÖ-Parteihaus in der Salurner Straße 2 1924 – 1962

Im März 2024 jährt sich zum 100. Mal der Tag, an dem sozialdemokratische Organisationen in Innsbruck ihr neues Arbeiterheim feierlich einweihten. Erst 1910 war es ihnen gelungen, in der Mentlgasse ein Haus zu kaufen und es für Partei, Gewerkschaften und Volkszeitung zu adaptieren. 1924 bezogen sie nun das Hotel Sonne, den prachtvollen Gebäudekomplex am Innsbrucker Bahnhof. Sie verloren es nach dem Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen im Februar 1934. Bis Kriegsende und darüber hinaus war hier die Bundespolizeidirektion mit einem Gefängnis im Innenhof einquartiert. 1950 gab die Stadt Innsbruck den sozialdemokratischen Organisationen den teils von Bomben zerstörten Komplex zurück, den sich der ÖGB und die SPÖ aufteilten, die Gewerkschaften erhielten den Südtiroler Platz 14–16, die SPÖ die Salurner Straße 2.

In diesen 100 Jahren änderten sich die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen mehrere Male radikal: Auf die Erste Republik mit Wirtschaftskrise, politischem Hass und Massenarbeitslosigkeit folgte der austrofaschistische Ständestaat, der im März 1938 ohne Gegenwehr vor dem Nationalsozialismus kapitulierte. Von 1938 bis 1945 zerstörte das nationalsozialistische Regime Wirtschaft, Gesellschaft und Moral. Erst die Zweite Republik bot ein ruhiges politisches Fahrwasser und erlaubte eine kontinuierliche Entwicklung sozialdemokratischer Organisationen.

1. Das erste Arbeiterheim in Innsbruck 1902–1924

Am 22. September 1902 trafen sich Mitglieder der SDAP und sozialdemokratischer Gewerkschaften im Gasthaus „Zum goldenen Löwen“ in der Seilergasse in der Innsbrucker Altstadt, um den Verein Arbeiterheim zu gründen.¹ Wie in anderen österreichischen Städten auch war es sein einziger Zweck, Geld für ein eigenes Haus zu sammeln, darin die über die Stadt verstreuten Organisationen zusammenzuführen und sich „von den bürgerlichen Privatunternehmen unabhängig zu machen“.² In vielen vor allem kleineren Gemeinden war es nämlich problematisch, Räume für Versammlungen zu mieten, weil Gastwirte oftmals Repressalien von politischer Seite befürchteten.

Die Statuten des Innsbrucker Vereines haben sich nicht erhalten,³ dafür aber die des Vereines Arbeiterheim in Kufstein und in Dornbirn⁴, aus denen sich ableiten lässt, wie die in Innsbruck gelautet haben könnten. Gemäß dem Vereinsgesetz und um ein behördliches Verbot auszuschließen, waren sie bewusst unpolitisch formuliert und gaben an, nur Geld für den oben genannten Zweck zu sammeln und allen ArbeiterInnen, egal welcher ideologischen Überzeugung, offen stehen zu wollen. Mitglieder des Vereines mussten

¹ Die konstituierende Versammlung des Vereines „Arbeiterheim Innsbruck“, in: Volkszeitung. Organ für das arbeitende Volk in Tirol, 12.9.1902, 2. Die Zeitung wechselte im Laufe ihrer Erscheinungsgeschichte den Untertitel. Nach 1918 lautete er Sozialdemokratisches Tagblatt für Tirol und Vorarlberg, nach dem Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen im Februar 1934 erschien sie als Unabhängiges Organ für die Interessen der Arbeiter und Angestellten Tirols, vom 14. März 1938 bis 25. April 1939 als Deutsche Volkszeitung mit dem Untertitel Tagblatt des schaffenden Volkes, nach 1945 als Sozialistisches Tagblatt für Tirol.

² Arbeiterheim, in: Volkszeitung, 31.10.1902, 3.

³ Die Akten des Vereines fehlen im Tiroler Landesarchiv (TLA), da sie während des Krieges in der Dogana lagerten und vermutlich bei einem Bombentreffer vernichtet wurden. Erhalten blieb lediglich ein Schreiben, in dem der Verein Arbeiterheim eine Statutenänderung zur behördlichen Genehmigung vorlegte (TLA, Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. I, 729 XVII 93d ex 1927).

⁴ Zu Kufstein: Angeführt sind Auszüge aus den Statuten in den Prozessakten Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen gegen die Käufer des erst 1938 enteigneten Arbeiterheimes Kufstein. TLA, Landesgericht Innsbruck (LG), Rückstellungskommission (Rk) 26/1950; zu Dornbirn: Die Statuten sind auszugsweise zitiert in Werner Bundschuh, Das Dornbirner Arbeiterheim – ein sozialdemokratischer Dorn im „bürgerlichen Fleisch“, in: Stadtarchiv Dornbirn (Hg.), Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde 22, 59–132, hier: 62 f.

allerdings einer sozialdemokratischen Organisation angehören, was Personen, die einer anderen Ideologie folgten, von vorneherein ausschloss.

Die um die Gunst der ArbeiterInnen buhlenden katholischen Vereine, beispielsweise der Katholische Arbeiterverein, verfügten schon seit dem Februar 1901 in der Anichstraße über ein eigenes Vereinsheim, das ein Gönner finanziert hatte.⁵ Benannt war das katholische Arbeiterheim nach Papst Leo XIII., der in seiner 1891 erschienenen Enzyklika *De Rerum Novarum* eine christliche Soziallehre entworfen und dazu aufgerufen hatte, der aufstrebenden Sozialdemokratie katholische Vereine entgegenzusetzen. Die katholischen Arbeitervereine hatten mit dem Leosaal die öffentliche Präsenz, die den dezentral organisierten sozialdemokratischen Vereinen, die weder einen zentralen Versammlungsraum noch ein für alle erkenn- und benennbares Gebäude besaßen, fehlte. Außerhalb der Städte dominierten im agrarisch-konservativen Tirol ohnehin katholische Organisationen, einzig in Orten mit größeren gewerblichen oder industriellen Betrieben war es sozialdemokratischen Organisationen gelungen, Fuß zu fassen.⁶ Zudem konnten sich die katholischen Vereine auf private Finanziere und öffentliche Subventionen stützen, während die sozialdemokratischen unter permanentem Geldmangel litten. Erst 1901 war es zum Beispiel gelungen, einen zuvor ehrenamtlich arbeitenden Sekretär für die Landes-Gewerkschaftskommission und ein kleines Büro in der Innsbrucker Altstadt zu finanzieren.⁷

Das politische Umfeld war zu Beginn des 20. Jahrhunderts für Massenorganisationen wie es sozialdemokratische sein wollten, sehr ungünstig gestaltet. Erst bei den Reichsratswahlen 1907 durften alle männliche Staatsbürger wählen, wohingegen sowohl das Land Tirol als auch die Stadt Innsbruck an Wahlrechten festhielten, die Status, Macht und Besitz belohnten, wenig Wohlhabende und Frauen jedoch ausschlossen. In Innsbruck waren bis 1918 nur etwa 10 % der Bevölkerung wahlberechtigt. Wählen durften hingegen Unternehmen wie die Sparkasse, religiöse Institutionen wie das Stift Wilten oder Vereine wie der Katholische Gesellenverein. Seit 1900 diskutierte der Innsbrucker Gemeinderat immer wieder über eine Reform des Wahlrechts, konnte sich aber bis 1918 nicht dazu durchringen, mehr Menschen mitbestimmen zu lassen. Daher saßen bis Kriegsende nur Mandatäre der antisemitischen Deutschnationalen im Innsbrucker Gemeinderat. Bei den letzten Wahlen vor dem Ersten Weltkrieg boykottierten dann sowohl SDAP als auch die Christlich-Sozialen das undemokratische Prozedere.⁸ Bis Kriegsbeginn warben Deutschnationale und Christlichsoziale um die Stimmen der wenigen wahlberechtigten Sozialdemokraten, was die Volkszeitung regelmäßig spöttisch kommentierte:

„So gut ist es uns noch nie gegangen. Immer waren wir die Beschimpften, Verhöhnerten, Mißachteten, denen bald die Nationalen, bald die Klerikalen eine neue Lüge als Laus in den Pelz setzten. Ach Gott, was waren wir nicht immer für schlechte Kerle! Unsere eigene Nation wollten wir mit Füßen treten, von einem Vaterlande wollten wir nichts wissen, die Kirchen wollten wir am liebsten in Schutt legen, die Religion verhöhnten wir, gerade nur, daß wir nicht am helllichten Tage mit Dynamitbomben in der Tasche und Petroleumkannen in den Händen herumgingen. Und darum gabs [sic] auch Fußtritte genug für uns: klerikale Fußtritte und nationale. – Und jetzt? Wie ist jetzt alles so ganz anders; nichts als Liebe und Freundlichkeit um uns. [...] Da kommen die Nationalen von einer Seite und tun so lieb mit uns, damit

⁵ Der Leosaal, heute Leo-Kino, wurde am 10. Februar 1901 als „gemeinsames Heim“ aller katholischen Vereinigungen Innsbrucks eröffnet. Irmgard Plattner, *Fin de Siècle in Tirol. Provinzkultur und Provinzgesellschaft um die Jahrhundertwende*, Innsbruck–Wien 1998, 198. Zum Mitgliederstand der katholischen Vereine und deren Finanziere siehe Ebd., 188–208.

⁶ Als Beispiel für die öffentliche Präsenz im lokalen Raum siehe Reinhard Mittersteiner, *Ein roter Punkt im schwarzen Meere ringsum. Am Beispiel des Vereins Arbeiterheim: Die Anfänge sozialdemokratischer Milieukultur in Dornbirn*, in: *Dornbirner Schriften* 22, 5–58. Zu sozialdemokratischen Organisationen, ihre Entwicklung, Probleme und Konflikte von 1860 bis 1934 siehe Horst Schreiber, *Die Geschichte der Tiroler Sozialdemokratie im Überblick*, in: Rainer Hofmann/Horst Schreiber (Hg.), *Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge*, München–Innsbruck 2003, 15–56.

⁷ Erster bezahlter Sekretär war Hermann Flöckinger. Das Arbeiter-Sekretariat und die Gewerkschaftskommission teilten sich ein Büro in der Hofgasse 5 (*Volkszeitung*, 5.4.1901, 2; 3.5.1901, 3). Mehr zu Flöckinger siehe Rainer Hofmann, *Hermann Flöckinger (1861–1930). Erster Landessekretär der Gewerkschaftsbewegung*, in: Hofmann/Schreiber, *Sozialdemokratie*, S. 247–254.

⁸ Sabine Pitscheider, *Das „Schandwahlrecht“ – Gemeinderatswahlen in Innsbruck 1900 bis 1914*, in: *Zeit – Raum – Innsbruck (Schriftenreihe des Innsbrucker Stadtarchivs Bd. 15)*, Innsbruck 2019, 59–80.

wir bei möglichen Stichwahlen nicht doch vielleicht zu Hause bleiben, sondern für sie stimmen und von der anderen Seite kommen die Pfäfflein, schaun [sic] uns so schmunzelnd an und möchten uns vor Freundschaft am liebsten an ihre dicken Bäucherln ziehen, damit wir halt für sie stimmen.“⁹

In den folgenden Jahren sammelte der Verein Arbeiterheim Spenden, warb Mitglieder, veranstaltete Konzerte, Feste, Lotterien und erinnerte über die Volkszeitung immer wieder daran, dass noch nicht genügend Vermögen vorhanden war. Es dauerte acht Jahre, bis es dem Verein gelang, genügend Geld aufzubringen, um ein ehemaliges Gasthaus in der Mentlgasse 12 zu kaufen. Das Haus war im Konkursweg zuerst an das Bürgerliche Bräuhaus übergegangen, das es im Mai 1910 um 104.000 Kronen an den Verein verkaufte. Die enorme Summe konnte der Verein nicht aufbringen, er zahlte nur 6.000 Kronen und blieb den Rest vorläufig schuldig. Ebenfalls auf Pump finanziert war die Druckerei der Volkszeitung und die in der Mentlgasse notwendigen Adaptierungsarbeiten. Letztere verlangten den Mitgliedern des Vereines einiges an Zeit ab.

„Als Friedls mit der leeren Tasche mußten wir uns außerdem entschließen, von den Genossen Tischlern, Schlossern, Malern, Spenglern Gratisarbeit zu fordern, und ein anderer Teil der Parteigenossen leistete in vielen Arbeitsstunden Aufräumungs- und Grabarbeiten. Fuhren Mist und Unrat mußten weggeführt werden und eine Abteilung von Eisenbahnern, Besitzer von Jagdgewehren, standen bereit, die Hunderter von Ratten, die sich beim Wegräumen des Unrates flüchtete, niederzuschießen.“

1916 waren die Schulden dann abbezahlt.¹⁰

Am 21. September 1910 lud jedenfalls der Verein zur Eröffnungsfeier in die Mentlgasse. Das Arbeiterheim bestand aus einem zweistöckigen Haupthaus und einem kleineren Stöcklgebäude, im Parterre befanden sich ein großer und zwei kleine Säle, Räume für die Buchdruckerei, Büros für die Redaktion der Volkszeitung, in mehreren Zimmern waren 15 Betten für durchreisende Mitglieder aufgestellt, ein Garten mit Springbrunnen rundete das Ensemble ab.¹¹ Zwei Tage später erinnerte die Volkszeitung mit dem Titel „Im eigenen Heim“ an die Eröffnung:

„Eine Stätte mehr ist der bürgerlichen Welt entrissen. Aber nicht das Fleckchen Boden, das zurückerobert wurde den Enterbten, macht den Besitz einer besonderen Weihe wertvoll. Das Sachliche des Besitzes ist ja nur das Formale. Was das Heim der Arbeiter Innsbrucks den Besitzern kostbar und zu einem Heiligtum macht, ist der hohe Zweck, den es zu erfüllen hat und den es auch erfüllen wird. Als ein Stützpunkt, eine feste Schanze, von der aus so mancher Angriff der Gegner abgeschlagen, so mancher Vorstoß unternommen werden soll, ist das Heim gedacht und dieser Stützpunkt wird es werden.“

Die Zentrale diene künftig dazu, „die sozialistische Überzeugung zu festigen, zu verbreiten und [zu] vertiefen“.¹² Das war dem katholisch-konservativen Tiroler Anzeiger sogar ein Lob wert. In Innsbruck verfüge die katholische Bewegung über den Leosaal, ein Gesellen- (Dreiheiligenstr. 9) und ein Akademikerhaus (Gilmstr. 1), nicht aber über „so einen eigentlichen Sammelpunkt für alle, mit reichen Gelegenheiten zur Belehrung und Fortbildung“. Dies, so die Zeitung, wäre aber notwendig, der Artikel schloss daher mit dem Appell: „Also nachmachen!“¹³

⁹ Habens wir Sozialdemokraten jetzt aber gut!, in: Volkszeitung, 31.10.1902, 3.

¹⁰ Durch eure Kraft und euren Willen!, in: Volkszeitung, 15.3.1924, 1.

¹¹ Eröffnungsfeier des Arbeiterheimes in Innsbruck, in: Volkszeitung, 21.9.1910, 5.

¹² Im eigenen Heim, in: Volkszeitung, 23.9.1910, 1.

¹³ „Eine Stätte mehr ist der bürgerlichen Welt entrissen“, in: Tiroler Anzeiger, 24.9.1910, 3 f.

Der 25. September 1910 begann mit einer Besichtigung des Hauses in der Mentlgasse 12, gefolgt von Musik und Liedern der Arbeitergesangsvereine. Nach Begrüßungsworten von Josef Holzhammer, einem „Gründervater“ der SDAP in Tirol, hielt Reichsratsabgeordneter Simon Abram die Festrede. Er sprach von vergangenen Schwierigkeiten und dass der Verein mehr als einmal daran gedacht hatte, „die gesammelten Gelder einem anderen Zwecke zuzuführen“. Aber nun sei es geschafft, das zuvor „vollständig verwahrloste Anwesen“ jetzt ein „hübsches und praktisches Heim“, es gebe arbeitslosen Mitgliedern Unterkunft, biete Raum für „Bildung und Diskussion“ und werde zum „Mittelpunkt möglichst aller Gewerkschaften und Vereine“. Es sei aber nur ein Anfang, denn „die Innsbrucker Arbeiterschaft [werde] es noch ersehen, daß sie zu einem prächtigen Bau gelangt“.¹⁴

Da Haus diene nicht nur der Volkszeitung als Heim, sondern der Verein Arbeiterheim und die sozialdemokratischen Organisationen veranstalteten Fortbildungskurse oder hielten Versammlungen ab. Davor warnte der Tiroler Anzeiger knapp nach der offiziellen Eröffnung. Derzeit erhielten Lehrlinge und Meister Einladungen zu einer Versammlung, bei der die Verlegung der Berufsschule von den Abendstunden auf eine besser geeignete Zeit diskutiert werden solle. „Das ist offenbar nur ein Köder“, meinte die Zeitung,

„um die jungen Leute an die Besitzer des ‚der bürgerlichen Welt entrissenen Stück Bodens‘, des sozialdemokratischen Hauses in der Mentlgasse, zu fesseln. Darum Obacht ihr Eltern und Meister, daß die in Eurem Schutz stehenden jungen Leute nicht den Sozialdemokraten auf den Leim gehen und Verfechter des Klassenkampfes werden!“¹⁵

Es dauerte noch weitere 14 Jahre, um dem Traum von einem größeren Haus näher zu kommen. In diesen Jahren betrieb der Verein das Haus in der Mentlgasse und sammelte weiterhin Geld, auch um die enormen Schulden aus dem Kauf zu bedienen.

Nach Kriegsende änderten sich die politischen Rahmenbedingungen radikal: Nach dem Zerfall der einst mächtigen Monarchie blieb als deutschsprachiger Rest Österreich, das sich als Republik konstituierte. Als Republik stützte sie sich auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen. Die Frage, welche der Parteien die Frauen wohl wählen würden, war ein „Sprung ins Dunkle“, wie im Protokoll des Innsbrucker Gemeinderates nachzulesen ist. Wenig charmant bemerkte der deutschnationale Gemeinderat Eduard Erler, die SDAP-Mitglieder lehnten die Wahlpflicht deshalb ab, „weil sie wissen, dass sie ihre Weiber in der Hand haben“, während „unsere Weiber nicht sehr parieren werden und wenn die Wahlpflicht ausgeübt wird, auch gegen unsere Kandidaten stimmen werden“.¹⁶ Schon vor den ersten Wahlen bemühten sich die Gremien um eine repräsentativere Vertretung der gesamten Bevölkerung, in den Landtag zogen Ende Dezember 1918 acht Sozialdemokraten ein, in den Innsbrucker Gemeinderat 13 Personen, darunter die erste Frau in der Innsbrucker Lokalpolitik, und zwar Karoline Wageneder.¹⁷

Die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht waren im Februar 1919 die für das Parlament. In Tirol traten zwei konservative Listen an, der Katholische Tiroler Bauernbund und der Tiroler Volksverein. Eingedenk der konservativen Haltung der Bevölkerung auf dem Land erreichten sie in Tirol 58,3 %, die SDAP kam auf 23 %, die Deutschnationalen auf 18,6 %.¹⁸ Mitte Juni 1919 folgten die Wahlen für den Landtag und den Innsbrucker Gemeinderat: Bei ersteren gewann die Volkspartei eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die SDAP kam auf knapp

¹⁴ Die Eröffnung des eigenen Heims, in: Volkszeitung, 28.9.1910, 2–4, hier: 2 f. Zu Holzhammer siehe Walter Nigg, Der Gründervater Josef Holzhammer (1850–1942), in: Hofmann/Schreiber, Sozialdemokratie, 77–88; zu Abram siehe Rainer Hofmann, Simon Abram (1871–1940), „Es lebe der Kampf, es lebe der Sozialismus!“, in: Ebd., 89–111.

¹⁵ Eltern und Meister Achtung!, in: Tiroler Anzeiger, 30.9.1910, 5,

¹⁶ Sitzung des Innsbrucker Gemeinderates, 10.12.1918. Stadtarchiv Innsbruck (StAI), Ratsprotokolle 1918.

¹⁷ Sitzung des Innsbrucker Gemeinderates, 31.12.1918. Ebd.

¹⁸ Wahlkreis Nordtirol, Niederschrift der Kreiswahlbehörde über die Vorgänge bei Ermittlung der Ergebnisse der Wahl für die konstituierende Nationalversammlung, 24.2.1919. StAI, Karton Wahl Gr. XIX 1919, Umschlag Wahl-Akten Nationalversammlung.

19 %, die Deutschfreiheitlichen erreichten rund 10 %, eine weitere kleinere Partei gewann ein Mandat. Die Innsbrucker Gemeinderatswahlen waren erfolgreicher für die SDAP: Sie nahm 14 Mandate ein (eine Frau), die Volkspartei 13 (eine Frau), die Deutschfreiheitlichen 12 (eine Frau) und die Wirtschaftliche Vereinigung eines.¹⁹ Zu den sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern gehörte auch der heute noch bekannte Martin Rapoldi. Bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung stimmten die Parteien, die sich als bürgerlich verstanden, für den langjährigen Bürgermeister der Deutschnationalen Wilhelm Greil. Bis zur Abschaffung der Demokratie 1933/34 hielten die rechten und konservativen Parteien an dem Pakt fest, keinesfalls einen Sozialdemokraten in dieses Amt zu wählen. Die politischen Rahmenbedingungen verschlechterten sich für die SDAP schon ab dem Herbst 1920: Bei den Nationalratswahlen im Oktober des Jahres schied sie aus der Regierung aus. Der christlich-soziale Bundeskanzler und Prälat Ignaz Seipel sprach unverblümt davon, den „revolutionären Schutt“, sprich die Sozialgesetzgebung der ersten beiden Nachkriegsjahre, wegräumen zu wollen. Bis zur Installierung des autoritären Ständestaates und dem Ende der Ersten Republik war die Sozialdemokratie nicht mehr an einer Bundesregierung beteiligt.

Schon 1920/21 versuchte die rechtsextreme Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), die noch antisemitischer als die Großdeutschen und die Volkspartei war, in der Politik mitzumischen. Im September 1920 trat sogar Adolf Hitler selbst im großen Stadtsaal in Innsbruck auf, um für die anstehenden Nationalratswahlen zu werben. Er umriss das Programm der NSDAP kurz mit „national, sozial und antisemitisch“, der Konkurrent im selben Wählerkreis, die Großdeutschen, war ihm zu wenig sozial, die SDAP zu wenig national.²⁰ Vor den nächsten Innsbrucker Gemeinderatswahlen im Mai 1921 traten zwei Mandatare der Großdeutschen zur NSDAP über und kandidierten auf einer eigenen Liste.²¹ Sie erreichten zwar in diesem Jahr zu wenig Stimmen für ein Mandat, die NSDAP war aber aus der politischen Landschaft in Innsbruck und anderen Tiroler Städten (etwa Hall oder Kufstein) nicht mehr wegzudenken. Trotz interner Querelen und Spaltungen gelang es ihr im Laufe der 1920er Jahre immer mehr Menschen zu begeistern und die Großdeutsche Partei so auszuhöhlen, dass sie praktisch in der NSDAP aufging. Den Bedeutungsverlust der Großdeutschen begleitete die Volkszeitung mit Spott. Im Dezember 1931 nannte sie die Großdeutsche Volkspartei

„eine Stammtischgesellschaft von Mandataren ohne Wähler. Letztere ziehen neuerdings, soweit sie nicht schon früher zur über- und antiparteilichen Heimatwehr und Heimatschutz abgeschwenkt sind, mit fliegenden Fahnen in das Lager der Nationalsozialisten, und der noch verbliebene Rest ist gerade noch groß genug, um den sitzfesten Mandataren das Leben auf Parteitag und in geschlossenen Zirkeln möglichst sauer zu machen.“²²

Dem Verein Arbeiterheim gelang es, das Vermögen trotz der massiven Geldentwertung im Ersten Weltkrieg und der beginnenden Hyperinflation danach zu erhalten und sogar in weitere Grundstücke und Gebäude zu investieren. Wohl in der Hoffnung, dass in Zeiten, in denen Bargeld tagtäglich an Wert verliert, der von Grund und Boden irgendwann wieder steigt. 1918 erwarb der Verein also Liegenschaften in der Leopoldstraße 17 und 19 mit dem Gasthaus „Biene“ als Baugrund, verzichtete aber auf die Bebauung, da sich schon in der Planungsphase herausstellte, dass „das ‚Biene‘-Anwesen für unsere Zwecke nicht groß genug war“²³.

Das tägliche Leben hatte sich seit Kriegsbeginn stetig verteuert, auch weil die Monarchie, auf ein schnelles Kriegsende vertrauend, anfangs keinerlei Maßnahmen ergriff, die knapper werdenden Lebensmittel ge-

¹⁹ Akten dazu in Ebd., Umschlag Wahl-Akten Landtagswahlen Gemeinderatswahlen 1919.

²⁰ Volksversammlung der national-sozialistischen Partei, in: Innsbrucker Nachrichten, 27.9.1920; Die nationalsozialistische Versammlung im Stadtsaale, in: Innsbrucker Nachrichten, 30.9.1920, 1.

²¹ Leopold Lehnhart/Hans Nussbaumer an Bürgermeister, 18.4.1921. StAl, Karton Wahl Gr. XIX 1921–1924, Umschlag Wahl-Akten Allgemeines Landtags- u. Gemeinderatswahlen 1921.

²² Eine Schwenkung der Großdeutschen, in: Volkszeitung, 9.12.1931, 1.

²³ Nationalrat Simon Abram anlässlich der Eröffnung der Sonne. Durch eure Kraft und euren Willen!, in: Volkszeitung, 15.3.1924, 1.



Abb. 1: Das Hotel Goldene Sonne in den 1920er Jahren (SPÖ-Archiv).

recht zu verteilen. Sie finanzierte den Krieg mit Kriegsanleihen, die zu kaufen patriotische Pflicht war, und druckte Geld, so dass sich die im Umlauf befindliche Menge der Krone von 3,4 Milliarden im August 1914 bis Ende 1921 auf 193 Milliarden Kronen erhöhte. Die Inflation, mit der die junge Republik fertig werden musste, geriet außer Kontrolle. Hatte beispielsweise 1 kg Zucker im Juli 1914 0,84 Kronen gekostet, stieg der Preis bis Dezember 1922 auf 8.800 Kronen; der Preis für Kaffee, der ohnehin zu den Luxusgütern zählte, machte im Juli 1914 4,20 Kronen aus, im Dezember 1922 dann 63.000 Kronen.²⁴ Das Grundnahrungsmittel Mehl kostete im Januar 1921 12 Kronen, im Dezember 1923 bereits 6.600 Kronen.²⁵ Schwarzmarkt und Schleichhandel blühten, viele versuchten bei Bauern eigene Habe gegen Essbares einzutauschen, viel zu wenige Lebensmittel erreichten die Städte, in denen Hunger grassierte. In Innsbruck explodierte der Zorn im Dezember 1919, als eine erregte Menge plündernd durch die Straßen zog.²⁶ Ohne Hilfsaktionen aus dem Ausland wäre das Leben der meisten noch unerträglicher gewesen. Der Staatssekretär für Volksernährung bezeichnete Österreich als „Krüppelstaat“, der sich „nur mit den Prothesen fremder Hilfe mühsam fort-schleppen“ könne.²⁷ Mit dem überraschenden Fall der Monarchie zerbrachen alte Gewissheiten und verschwand das „alte Leben“. Stattdessen herrschten unsichere politische und wirtschaftliche Verhältnisse, es mangelte an allem. Politische Gräben vertieften sich, Intoleranz und Hass blühten auf. Deutliches Zeichen dieses Hasses war die Gründung des Tiroler Antisemitenbundes im Sommer 1919, in dem sich Funktionäre der Volkspartei und der Großdeutschen engagierten.²⁸ Ein ebenso deutliches Zeichen, wie wenig die Bevöl-

²⁴ Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, hg. vom Bundesamt für Statistik, Wien 1923, 84 f.

²⁵ Franz-Heinz Hye/Josfine Justić, Innsbruck im Spannungsfeld der Politik 1918–1938. Berichte – Bilder – Dokumente (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 16/17), Innsbruck 1991, 76, 99.

²⁶ Zu den Hungerdemonstrationen und Plünderungen siehe Sabine Pitscheider, „... aber Not bricht Eisen“. Die Plünderungen in Innsbruck im Dezember 1919, in: Zeit – Raum – Innsbruck (Schriftenreihe des Innsbrucker Stadtarchivs Bd. 13), Innsbruck 2014, 53–80; zu den katastrophalen Verhältnissen in Tirol im Krieg und nach dessen Ende, siehe Gerhard Prassnigger, Hunger in Tirol, in: Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hg.), Tirol und der Erste Weltkrieg (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 12), Innsbruck–Wien 1995, 179–210.

²⁷ Zit. n. Pitscheider, Not, 53.

²⁸ Niko Hofinger, „Unsere Losung ist: Tirol den Tirolern!“ Antisemitismus in Tirol 1918–1938, in: *zeitgeschichte* 3/4 (1994), 83–108.

kerung in die Überlebensfähigkeit des kleinen Staates vertraute, war im April 1921 die Volksabstimmung über den Anschluss an das „deutsche Mutterreich“. 98,5 % der Tiroler Bevölkerung stimmten dafür, die ungeliebte Republik Österreich zu verlassen und sich dem damals demokratischen Deutschland anzuschließen.²⁹

Der Verein Arbeiterheim hielt immer noch nach einem größeren Objekt Ausschau, um den zu klein gewordenen Besitz in der Mentlgasse zu ersetzen. Als am Neujahrstag 1924 das Hotel Goldene Sonne zum Verkauf stand, beschloss der Verein nach einer eingehenden Besichtigung dieses zu kaufen, und die „Sonnenbar, die Vergnügungsstätte reicher Schieber, betrunkenen Bürger und junger Lebemänner“ als „Versammlungsstätte der Gewerkschafts-, Partei- und Genossenschaftsvertrauensmänner“ zu nutzen und die restlichen Räume als Arbeiterheim zu adaptieren.³⁰

Das Hotel Goldene Sonne gegenüber dem Innsbrucker Hauptbahnhof bot zusammen mit anderen Hotels wie dem Europa oder dem Arlberger Hof Reisenden einen ersten Eindruck von Innsbruck. Es hatte ursprünglich aus drei Wohnhäusern bestanden, eines in der heutigen Salurner Straße 2 (früher Maximilianstraße, dann Kaiser-Wilhelm-Straße), die anderen am heutigen Südtiroler Platz 14 bis 16 (damals Bahnstraße bzw. -platz), und war erst mit diversen Umbauten zu dem Hotel zusammengewachsen.³¹ Seit 1912 gehörte es der Hotel Goldene Sonne GmbH, die sich im Ersten Weltkrieg und der Krise des Tourismus hoch verschuldete, sich in der Wirtschaftskrise der ersten Nachkriegsjahre nicht erholen konnte und Anfang 1924 Käufer suchte.

2. Das Arbeiterheim Sonne 1924–1934

Der Verein Arbeiterheim kaufte nicht die Sonne selbst, sondern die Hotel Goldene Sonne GmbH, und zwar um sechs Milliarden Kronen.³² Es ist davon auszugehen, dass der Verein wie schon für die Mentlgasse 12 nur einen geringen Teil in bar aufbringen konnte und die auf dem Haus liegenden Hypotheken übernahm. Die Summe wirkte enorm, was sie auch war, aber eingedenk der Hyperinflation doch sehr gering für den Gebäudekomplex an einem dermaßen prominenten Standort in der Stadt.

Die Zeitungen kommentierten den Kauf des Hauses durch den Verein Arbeiterheim. Der Tiroler Anzeiger titelte „Ein roter Parteipalast in Innsbruck?“ und vermutete als Kaufpreis ein bis zwei Milliarden Kronen.³³ Tage später legte das Blatt nach, nannte als Preis nun drei bis vier Milliarden und das Haus „sozialdemokratische Trutzburg“. Es kritisierte „die Herren von der Mentlgasse“. Sie hätten zwar

„keinen schlechten Geschmack, wenn sie bestrebt sind, dieses schöne Objekt mit seiner ausgezeichneten strategischen Lage in ihre Hände zu bekommen. Man fragt sich aber: wo bleibt das so oft betonte soziale Verständnis der Genossen, wenn sie die jetzige Zeit äußerster Wohnungsnot für geeignet halten, um ein bisher dem Fremdenverkehr, also für Wohnzwecke gewidmetes Gebäude zu Kanzleien, Klubzimmern, Redaktionsstuben und Druckereiräumen umzuwandeln?“

²⁹ Verhandlungsschrift über die Sitzung der Kreisabstimmungsbehörde Innsbruck am 12. Mai 1921. StAI, Karton Wahl Gr. XIX 1921–1924, Mappe Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich.

³⁰ Durch eure Kraft und euren Willen!, in: Volkszeitung, 15.3.1924, 1.

³¹ Peter Walder-Gottsbacher, Vom Wirtshaus zum Grand-Hotel. Ein Spaziergang zu Innsbrucks historischen Gaststätten (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 28), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 109.

³² Die gerichtliche Eintragung des Besitzerwechsels folgte erst am 25. Oktober 1924. Landes- als Handelsgericht Innsbruck, Firmenbuch Nr. C1/d6, Pag. 52–53. Da der Verein die Gesellschaft erwarb, der die Sonne gehörte, scheint er auch nicht im Grundbuch auf. Die Innsbrucker Nachrichten meldeten in dem Artikel „Der Kaufpreis für das Hotel Sonne“, dieser habe sechs Milliarden betragen (Ausgabe vom 21.3.1924, 5).

³³ Ein roter Parteipalast in Innsbruck?, in: Tiroler Anzeiger, 7.1.1924, 6.

Gerade eine Partei, „die immer vorgibt, die Interessen der wirtschaftlich Schwachen zu vertreten“, solle doch danach trachten, das Objekt „zur Unterbringung der vielen Wohnungslosen“ zu nutzen. Stattdessen müssten obdachlose Familien weiterhin in Eisenbahnwaggons und Baracken ausharren. Die „Parteigrößen“ führten womöglich „einen Teil der Hotelräume Wohnzwecken“ zu und könnten sich „dann noch als die Wohltäter der Stadt aufspielen“.³⁴ Auf diesen Artikel reagierte die SDAP mit einer scharfen Replik:

„Die Möglichkeit, daß die Innsbrucker Arbeiterschaft ein ihr würdiges Parteihaus erhalten könnte, hat die Spießerseelen zum Kochen gebracht und diese Aufregungszustände schlagen in den Redaktionen der bürgerlichen Blätter besonders hohe Wellen. Am aufgeregtesten tut man natürlich dort, wo man's am wenigsten nötig hätte: beim ‚Anzeiger‘.“

Nicht sozialdemokratische Organisationen seien verantwortlich für das Wohnungselend in der Stadt, jede „Zeile des Geschreibsels“ zeuge von „Heuchelei“ und Neid. Die „plötzliche Liebe für die Obdachlosen ist nichts anderes als die schlecht verhüllte Wut darüber, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ein der Größe unserer Partei zukommendes Heim erhalten“. Der Anzeiger solle sich doch dafür einsetzen, Obdachlose in Klöstern oder in den Parteihäusern der Konservativen unterzubringen, statt als „schwarze Heuchlersippenschaft“ klerikales Gift zu verspritzen.³⁵ Die Innsbrucker Zeitschrift *Der Obdachlose* stieß ins selbe Horn wie der Anzeiger und appellierte, die SDAP möge besser in den Wohnbau investieren, was ein „Akt wirklicher Solidarität“ wäre.³⁶ Ein Zwischenruf in einer Sitzung des Innsbrucker Gemeinderates im Februar 1924 illustriert, wie konservative und großdeutsche Mandatare die Aufregung nutzten. Auf der Tagesordnung stand die Benennung von Straßen nach Südtiroler Städten, um an die Abtrennung des südlichen Landesteils zu erinnern. Als sozialdemokratische Gemeinderäte vorschlugen, statt Geld für eine nur symbolische Solidarität auszugeben in Wohnbauten für Flüchtlinge aus Südtirol zu investieren, fiel der Ausdruck „Hotel Sonne“.³⁷ Der Kauf erregte auch überregionale Aufmerksamkeit, und zwar bei der Reichspost, einem monarchistisch-konservativen Blatt aus Wien. Sie nannte die Sonne „sozialdemokratisches Parteihotel“ und warnte „[n]ichtsozialdemokratische Besucher Innsbrucks“ davor, Zimmer in diesem Haus zu buchen. Der Kauf zeige jedenfalls „wieder einmal den Reichtum der ‚Proletarierpartei‘“.³⁸ Ein Flugblatt unbekannter Provenienz zieh die SozialdemokratInnen in Anspielung auf den Innsbrucker Lokalbahn-Streik 1922 sogar der Verschwendung:

„Arbeiterkreuzer, welche Wonne, man kauft davon das ‚Hotel Sonne‘ für ‚Großkopfete‘ ein stolzes Heim, darin sie gehen aus und ein. Doch Trambahner, die im Streike stehen, für die gibts [sic] kein Geld zu besehen, sie müssen darben und auch hungern, umand die Bonzen dafür lungern; im ‚Sonnenheim‘, wo klug sie reden von ihrer ‚Schafe‘ argen Nöten. Du aber, lieber Trambahnmann, siehst nachdenklich die ‚Sonne‘ an, und denkst s'ist seltsam auf der Welt, für uns hat die Partei kein Geld, jedoch für dieses stolze Haus, wirft sie mein Geld zum Fenster hinaus.“³⁹

„Innsbruck ist in Aufregung“, stellte Nationalrat Simon Abram im Leitartikel zur Eröffnung des Arbeiterheimes befriedigt fest. Und:

³⁴ Die geplante sozialdemokratische Trutzburg am Innsbrucker Bahnhofplatze, in: *Tiroler Anzeiger*, 12.1.1924, 4.

³⁵ Die sozialdemokratische Trutzburg, in: *Volkszeitung*, 15.1.1924, 3.

³⁶ Der Verkauf des Hotel „Sonne“ in Innsbruck, in: *Der Obdachlose und Wohnungsuchende*, 15.1.1924, 2.

³⁷ Innsbrucker Gemeinderat, in: *Tiroler Anzeiger*, 9.2.1924, 3.

³⁸ Ein sozialdemokratisches Parteihotel in Innsbruck, in: *Reichspost*, 17.3.1924, 6.

³⁹ In Wien gedrucktes Flugblatt, als Faksimile abgedruckt bei Hye/Justić, *Spannungsfeld*, 314. Hervorhebung im Original.

„Die Spießbürger sind entsetzt. Die Arbeiter haben das Hotel ‚Sonne‘ gekauft und wollen dort ein rotes Partei- und Gewerkschaftshaus errichten. Beim Mittagstisch erzählt's der ehrbare Spießler seiner Frau und seinen Kindern und diese erzählen es weiter an die Inwohner dieser Stadt. Als ich jüngst beim Bahnhofsbrunnen stand und das Hotel ‚Sonne‘ betrachtete, gingen ein paar gut gekleidete Bürgerschülerinnen vorbei, die die Meinung ihrer Eltern laut aussprachen: ‚Die Bettelleute, die Arbeiter, haben das Hotel ‚Sonne‘ gekauft.‘“

Das Haus sei nur der Anfang, ein „vorübergehender Notbehelf für die Bedürfnisse der Arbeiterorganisationen dieser Stadt“. Mit den Jahren würden es sozialdemokratische Organisationen schaffen, „eine wirkliche rote stolze Trutzburg zu erstellen“, das „schönste Innsbrucker Haus“, einen „roten Volkspalast“.

Künftig sollte der Teil in der heutigen Salurner Straße 2 als Partei- und Gewerkschaftsheim dienen, mit dem Parteisekretariat und der Arbeiterbank (= BAWAG) im Parterre, den Gewerkschaftssekretariaten im ersten Stock, darüber Wohnräumen für obdachlose Sekretäre und Redakteure der Volkszeitung. Die Redaktion selbst und die Druckerei blieben in der Mentlgasse 12. Die Sonne, das Hotel plus Restaurant und Café, war verpachtet, sollte „normale“ Kundschaft anziehen und damit Einnahmen generieren, aber hauptsächlich als Versammlungsort dienen.⁴⁰ 1927 ließ die SDAP auf dem Haus in der Salurner Straße 2 den Schriftzug Gewerkschaftshaus anbringen, um eine deutlichere Trennung vom Hotel zu signalisieren.⁴¹

Eine Woche nach der Eröffnung, am Samstag, dem 21. März 1924, startete die SDAP ihren Landesparteitag im neuen Arbeiterheim. Das Haus war schon belebt und belegt: Das Landesfrauenkomitee traf sich zu einer vorbereitenden Sitzung am Freitagabend im Parteiheim Sonne, am späten Nachmittag des Samstags traf sich die Landesparteivertretung mit der Landtagsfraktion im Hotel. Schon in die Gewerkschaftsräume übersiedelt war das Sekretariat des Verbands der Textilarbeiterschaft für Tirol, am Freitagabend hielt der Zentralverein der kaufmännischen Angestellten eine Ausschusssitzung im Hotel, die Gewerkschaft der Schneider und Schneiderinnen wollte am Montag darauf im Hotel zur Jahreshauptversammlung zusammenkommen. Sozialdemokratische Vereine wie der Mieterausschuss oder die Typographia riefen zu Sitzungen für den Freitag.⁴²

Der Landesparteitag offenbarte, dass die Tiroler SDAP schwächelte, sie hatte Mitglieder verloren. Die Volkszeitung mahnte, sich nicht nur vor Wahlen zu treffen, sondern in regelmäßigen Zusammenkünften über aktuelle Geschehnisse zu diskutieren, Themen in einer Welt voll „Wahnsinn, Haß und Zerstörungswut“ gebe es genug.⁴³ Die Tiroler SDAP zog unter dem Titel „Unser Aufstieg, dreißig Jahre Arbeit auf steinigem Boden“ Bilanz: Ende Juni 1923 betrug der Mitgliederstand 8.389 (2.288 Frauen), die stärkste Bezirksorganisation war – wenig verwunderlich – Innsbruck, die 3.971 (1.199 Frauen) zählte, die schwächste befand sich in dem agrarisch dominierten Bezirk Reutte mit nur 60 Mitgliedern (3 Frauen), im Bezirk Imst existierte überhaupt keine Parteiorganisation. Beklagenswert, so die Bilanz, sei die Tatsache, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften 22.981 Mitglieder (3.061 Frauen) aufwiesen, also gerade mal rund 37 % zugleich der Partei angehörten. Die sozialistische Arbeiterjugend hatte nur sechs Ortsgruppen mit zusammen 685 Mitgliedern, der Absatz der Volkszeitung stockte, die Druckerei schrieb wegen technisch überholter Maschinen Verluste, der Sanierungskurs der Seipel-Regierung hatte die Arbeitslosigkeit steigen lassen, was die Gewerkschaften Mitglieder kostete, zufriedenstellend verlief die Entwicklung der Konsumgenossenschaften, der Arbeiter Turn- und Sportvereine, der Naturfreunde und der Arbeiterradfahrer.⁴⁴

Trotz der aus SDAP-Sicht wenig erfreulichen Entwicklung schien es für das konservative Umfeld zu viel an „rotem“ Einfluss zu sein. Die großdeutsche Zeitschrift Alpenland konstatierte einen „Erfolg der roten Organisationstätigkeit“, hatten die Mitgliederzahlen seit dem Jahr 1913 doch bedeutend zugenommen. Sie schloss daraus: „Das ist Parteiarbeit! Müßten diese Tatsachen nicht die nationalen Kreise unserer

⁴⁰ Durch eure Kraft und euren Willen!, in: Volkszeitung, 15.3.1924, 1.

⁴¹ Ein Gewerkschaftshaus in Innsbruck, in: Innsbrucker Nachrichten, 18.6.1927, 8.

⁴² Partei; Gewerkschaften; Vereinsnachrichten, in: Volkszeitung, 21.3.1924, 7.

⁴³ Der Landesparteitag, in: Volkszeitung, 22.3.1924, 1.

⁴⁴ Bericht der Tiroler Landesparteivertretung an den ordentlichen Landesparteitag für die Berichtsperiode vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923, in: Volkszeitung, 21.3.1924, Beilage.

Bevölkerung zu höchster Leistung im Rahmen ihrer Arbeit anspornen!“⁴⁵ Der Tiroler Anzeiger schalt seine Anhängerschaft ebenfalls: „Das ist die Arbeit des Gegners, so wie er sie selbst zeichnet. Schämen wir uns einmal ordentlich darüber, daß man einen ähnlichen Fleiß auf unserer Seite vergebens sucht! Es ist wahrlich allerhöchste Zeit, daß das katholische Volk von Tirol aus dem Schlafe gerüttelt wird!“⁴⁶ Trotz dieses Lobes von unerwarteter Seite nahmen die sozialdemokratischen Organisationen, vor allem der politische Zweig in Tirol weder im Landtag oder den Kommunen noch in der öffentlichen Präsenz den Platz ein, den sie anstrebten.⁴⁷

Was nicht zur Entgiftung des politischen Klimas beitrug, waren die bewaffneten Wehrverbände. Der größte und einflussreichste war die konservative Heimatwehr, in Tirol Heimatwehr (HW) genannt,⁴⁸ die beharrlich auf die Abschaffung der Demokratie hinarbeitete. Die Tiroler Volkspartei stützte sich auf die Masse und Macht der Heimatwehr, die sich als schwer bewaffneter Wehrverband des Öfteren der Tiroler Landesregierung als Hilfspolizei zur Verfügung stellte. Obwohl die Heimatwehr programmatisch antidemokratisch und antiparlamentarisch ausgerichtet war, glaubte die Tiroler Landesregierung, sie als „Organ der Regierung“ betrachten zu können, vorausgesetzt, „dass man diese Kreise an der Hand behält, damit sie nicht, sich selbst überlassen, ihre eigenen Wege gehen“.⁴⁹ Die SDAP reagierte 1923/24 mit dem Republikanischen Schutzbund, der trotz aller Bemühungen nie die Stärke und schon gar nicht die Bewaffnung der Heimatwehr erreichen konnte. Bestanden in fast jeder Gemeinde Ortsgruppen der Heimatwehr, konzentrierte sich der Schutzbund auf Innsbruck und die Bezirkshauptstädte sowie auf einige Orte mit Industrie, wie etwa Wörgl oder Haring. Bereits vor der offiziellen Gründung des Schutzbundes in Tirol meldete die Polizei, die SDAP habe eine „Terrortruppe“ aufgestellt, die „gewalttätige Angriffe auf sozialdemokratische Parteimänner mit Gegenaktionen an bürgerl. Abgeordneten“ vergelten wolle.⁵⁰ Die nationalsozialistische Seite reagierte mit der Sturmabteilung (SA), die sich 1929 als Vaterländischer Schutzbund gegründet hatte.⁵¹ Die SA als gewaltbereite Schlägertruppe der NSDAP diene als Saalschutz, schüchterte mit ihren Aufmärschen GegnerInnen ein und wollte die Straße beherrschen. Ideologisch standen sich SA und HW so nahe, dass sie 1931 über eine gemeinsame „Kampffront“ gegen die politische Gefahr von links berieten, damit aber scheiterten.⁵² Zu den drei großen weltanschaulichen Kontrahenten gesellten sich weitere Wehrverbände, beispielsweise die katholisch-konservativen Ostmärkischen Sturmscharen, die christlich-deutsche Turnerschaft oder die Bauernwehr.

Die Sonne stand die ganzen Jahre über unter polizeilicher Überwachung bzw. unter Observation paramilitärischer Organisationen wie der Heimatwehr, die schon im August 1924 an die Landesregierung schrieb: „Nach hier vorliegenden Nachrichten soll sich im Hotel Sonne ein Waffenlager befinden und zwar enthaltend unter anderem auch M.Gs. [Maschinengewehre].“⁵³ In einer polizeilichen Meldung vom September 1924 hieß es dann: „Nach zugekommenen Informationen aus Arbeiterwehrkreisen sollen im Hotel Sonne tatsächlich Waffen untergebracht sein. Eine nähere Bezeichnung des Aufbewahrungsraumes und der Waffengattung konnte bisher nicht ermittelt werden.“ Und zugleich: „Die Überwachung wird fortgesetzt.“⁵⁴

⁴⁵ Der Erfolg der roten Organisationstätigkeit, in: Alpenland, 12.4.1924, 6.

⁴⁶ Eine Photographie der tirolischen Sozialdemokratie, in: Tiroler Anzeiger, 22. März 1924, 3.

⁴⁷ Siehe dazu Schreiber, Sozialdemokratie, 24–33; sowie für Innsbruck Franz-Heinz Hye, Die politischen Kräfte in Innsbruck 1918–1938, in: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hg.), Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938, Innsbruck–Wien–München–Bozen (unveränderter Nachdruck der Erstauflage 1988) 2002, 143–168.

⁴⁸ Zur Rolle der Heimatwehr in Tirol siehe Richard Schober, Aufstieg und Fall der Tiroler Heimatwehr (1928–1936), in: Tiroler Heimat (1997), 61. Band, 171–213.

⁴⁹ Präsidium an Bundeskanzleramt, 15.3.1932. TLA, ATR, Präsidium 1932, Karton 1192, Mp. Staatspolizei 781–1300, Akt 973/XII 57/1932, Zl. 973/1.

⁵⁰ Kriminalbeamten Abt. Landes-Reg.-Präs. 15.12.1922 ohne Zl. Meldung Nr. 387 Kriminalbeamten-Abteilung Landes-Reg.-Präs., Meldung Nr. 387, 15.12.1922. TLA, ATR, Präsidium 1933, Karton 1211, Fasz. Republikanischer Schutzbund I.–III. Teil, Fasz. Präs. I. Teil.

⁵¹ Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Bescheid, 19.6.1933. Ebd., Karton 1212, Umschlag 1201–2300, Zl. 154426-GD.

⁵² Bericht über NS Okt. u. Nov. 1931, 8.12.1931. Ebd., Karton 1215, Mp. Präs. 181-XII-59/31 I/1/1-179, Fasz. 435/XII 59/1932, Zl. 435/207.

⁵³ Landesleitung des S.S.V. Tirol [Selbstschutzverband = Tiroler Heimatwehr] an das Präsidium der Landesregierung für Tirol, 11. August 1924. TLA, Präsidiale 1924, Fasz. 537, Zl. 1702/1 XII 76c.

⁵⁴ Meldung, 2. September 1924. Ebd.

Im Laufe der 1920er Jahre verlor die Tiroler Sozialdemokratie auf politischer Ebene und der Straße immer mehr an Einfluss, auch wenn dies ihr Organ, die Volkszeitung, mit Kampfrhetorik und Spott zu verschleiern versuchte. Der fehl geschlagene Verkehrsstreik im Juli 1927⁵⁵ war eine Demütigung für Partei und Gewerkschaften und ein Triumph für die Gegenseite. Ebenso demütigend war die enorme Präsenz der Heimatwehr am 12. November 1928 in Innsbruck, als diese die bis dahin sozialdemokratisch dominierten Republikfeiern mit unverhohlener Unterstützung der Landesregierung für sich reklamierte. Zum 10. Jahrestag der Republik marschierten tausende Angehörige der Heimatwehr aus ganz Österreich durch Innsbruck und proklamierten ihre Version der politischen Freiheit, die sie durch sozialdemokratische Organisationen bedroht sahen. Ihr Kommandant in Tirol war Richard Steidle, der 1933 zum Landesrat und Sicherheitsdirektor aufstieg, eine mit der Führung eines Wehrverbandes eigentlich unvereinbare Ämterkombination. Welch politischer Hass herrschte, zeigen die Zeitungsmeldungen dieser Tage. Es war ein Tag der Einsicht für jene,

„die bisher, in Revolutionstheorie und -ideologie verfangen, die Interessen der Heimat und ihres Volkes als nationaler Einheit zurückzusetzen suchten, gegenüber einer einseitig betonten und noch dazu parteipolitisch eng begrenzten Klassenpolitik. Mit diesem ideologischen Zauber muß gebrochen werden“,

verlangten die großdeutschen Innsbrucker Nachrichten.⁵⁶ Die Heimatwehr passierte bei ihrem Marsch durch die Stadt am Montag zweimal die Salurner Straße und den Südtiroler Platz.⁵⁷ Schon am Tag vor dem Aufmarsch, am Sonntagvormittag war es, als einige Abteilungen der Heimatwehr in die Stadt marschierten, „zu verschiedenen Anpöbelungen“ gekommen, vor dem Hotel Sonne „hatte sich eine Anzahl von Provokateuren angesammelt, die durch höhnische Rufe und Grimassen die Heimatwehrleute herausforderten“, bis Polizei den Platz räumte. Mitglieder der Roten Falken und der sozialistischen Jugend „gefielen sich in verschiedenen Lausbubenstreichen, indem sie in den Hauptstraßen der Stadt mit roten Wimpeln herummarschierten und immer wieder die Heimatwehzüge zu durchbrechen versuchten“. Einige Male verprügelten HW-Mitglieder die Jugendlichen. Bis in die Nacht hinein kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Schlägereien, erboste HW-Männer schlugen auf „Stänkerer“ ein. Am Montag, als sich erste HW-Abteilungen zum Bahnhof aufmachten, um nach Hause zu fahren, wurden sie vor dem Hotel Sonne von „Sozialdemokraten beschimpft und mit Pfeifungen und Pfiffen empfangen“, bis die Polizei den Südtiroler Platz und die Salurner Straße bis hin zum städtischen Dampfbad räumte, die HW tat dasselbe von der Adamgasse bis zum Bozner Platz. Gegen 15 Uhr versuchten ca. 1.000 HW-Mitglieder in die Sonne einzudringen, gegen 17 Uhr forderte die Polizei Verstärkung an, um das Hotel freizubekommen. Die Heimatwehr drängte Menschen von dem vollen Bahnhofplatz in Richtung Sterzinger Straße ab und sperrte die Brunecker sowie die Meraner Straße. Um 19 Uhr eskalierte die Lage, als hunderte HW-Männer auf die Sonne losstürmten und mit Gewalt eindringen wollten.⁵⁸

Auf ihre übliche Feier verzichten mussten an diesem Tag die sozialdemokratischen Organisationen. Die Landesregierung hatte sie „zeitlich und räumlich arg zugestutzt“. Nur 20 Minuten durften sie sich am Südtiroler Platz aufhalten und mussten ihn dann für die Heimatwehr räumen.⁵⁹ „Wie feindselige Eroberer durchzogen die Steidlegardisten die Straßen und – die Wirtshäuser, nach einer billigen Raufgelegenheit mit ‚Marxisten‘ ausspähend“, beschrieb die Volkszeitung, wie sie den HW-Aufmarsch wahrgenommen hatte.

⁵⁵ Am 15. Juli 1927 demonstrierten Wiener ArbeiterInnen gegen den Freispruch der beiden Anhänger einer rechten Frontkämpfervereinigung, die während eines Schutzbundaufmarsches im burgenländischen Schattendorf zwei Menschen erschossen hatten. Als der Justizpalast brannte, ging die Polizei mit Waffengewalt gegen sie vor, tötete 89 Menschen und verletzte Zahllose. Die SDAP rief daraufhin den Verkehrsstreik aus. Schreiber, Sozialdemokratie, 37 f.; sowie eine Zusammenstellung von Zeitungsartikeln diverser Innsbrucker Medien zu dem Thema bei Hye/Justić, Spannungsfeld, S. 329–341.

⁵⁶ Die Kundgebung und der Aufmarsch der österreichischen Selbstschutzverbände, in: Innsbrucker Nachrichten, 13.11.1928, 1.

⁵⁷ Der Zug durch die Stadt, in: Ebd., 2 f.

⁵⁸ Störungen der Innsbrucker Heimatwehkundgebung, in: Ebd., 5 f.

⁵⁹ Die sozialdemokratische Feier, in: Ebd., 3.

Die Versuche der „besoffenen Austrofaschisten“, der „Steidlehunnen“, das Parteiheim Sonne zu stürmen seien gescheitert, „so daß sie ohne Ruhmeslorbeeren abziehen mußten“.

„Als abends im Stadtsaal die Republikfeier der Arbeiterschaft stattfand, sammelten sich Banden alkoholierter Hahnenschwänzer⁶⁰ vor dem Stadtsaal, provozierten und zeigten nicht übel Lust, zum Angriff überzugehen. Wie sich auch bei anderen Gelegenheiten zeigte, waren die grünweißen Unternehmer-söldlinge⁶¹ alle bewaffnet, und vor dem Stadtsaal schon wollten einzelne mit ihren Gummiknütteln dreinhauen und mit Bajonetten dreinstechen [...]. Am tollsten trieben es die weißgrünen Windjackler am Montag nachmittags und abends am Südtirolerplatz; wo sie sich in der Übermacht vermeinten, rissen sie Arbeitern die roten Nelken oder die Republikzeichen herunter, verprügelten sich Wehrende, wurden dabei freilich manchmal selbst verprügelt. [...] Gegen 5 Uhr wurden größere Banden Heimatwehrstrolche vor das Hotel ‚Sonne‘ kommandiert, um dort andauernd ‚Pfui!‘ und ‚Reiß den roten Fetzen herab!‘ zu brüllen. Selbstverständlich kam es dabei zu Zusammenstößen mit erbitterten Arbeitern und schließlich versuchten Heimatwehler unser Parteiheim zu stürmen; die Polizei wehrte jedoch das hakenkreuzlerische Gesindel ab.“

Nur die Disziplin der Arbeiterschaft habe eine Eskalation verhindert.⁶²

Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre büßten Gewerkschaften und Partei weiter an Einfluss ein. Der zwar nicht konfliktfreien, doch faktischen Koalition der Christlich-Sozialen mit der Heimatwehr und deutschnationalen Parteien hatten sie angesichts rasant steigender Arbeitslosigkeit mit immer mehr Ausgesteuerten und einer Sozialpolitik, die im Namen von Schuldenabbau und ausgeglichenem Budgets Sozialabbau betrieb, nichts entgegensetzen und befanden sich auf permanentem Rückzug, zumal auch die NSDAP erste größere Erfolge verbuchen konnte.⁶³

Als Bundeskanzler Engelbert Dollfuß Mitte März 1933 das Parlament abriegeln ließ, damit es nicht mehr zu einer Sitzung zusammentreten konnte,⁶⁴ appellierte die Partei, Ruhe zu bewahren. Die Heimatwehr hingegen jubelte:

„Das Parlament hat sich selbst ausgeschaltet und damit seine Handlungsunfähigkeit bewiesen. Ein Hemmschuh jeder gesunden Entwicklung ist beseitigt. Die Regierung kann jetzt ohne parlamentarische Hemmungen und gestützt auf eine Notverordnung des Bundespräsidenten, mit weitgehenden Vollmachten die innenpolitische und wirtschaftliche Neuordnung in die Hand nehmen.“

⁶⁰ Zur Uniform der Heimatwehr gehörte ein mit Hahnenfedern geschmückter Hut.

⁶¹ Die Farben der Heimatwehr waren weiß-grün; weil sie viel Unterstützung von Unternehmen erfuhren, galten sie bei sozialdemokratisch Gesinnten als deren bewaffneter Arm.

⁶² Die „Republikfeier“ der Heimatwehr, in: Volkszeitung, 13.11.1928, 3 f.

⁶³ Als die Weltfinanz-, gefolgt von einer Weltwirtschaftskrise Europa und damit Österreich erreichte, stieg die Arbeitslosigkeit sprunghaft an, 1932 lag sie bei 21,7 %, Tendenz steigend. Da die konservativen Regierungen die Sozialleistungen seit Jahren gekürzt hatten, erhielten nur zwei Drittel der Arbeitslosen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, was die ärmere Bevölkerung ins Elend stürzte. Dazu Emmerich Tálos, Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse, Wien 21981, 211. Zum Aufstieg der NSDAP auf kommunaler Ebene siehe Sabine Falch, „Legalster Sturz des Systems von unten her auf dem Wege über die Länder und Gemeinden.“ Zu den NS-Erfolgen bei den Gemeinderatswahlen in Tirol 1932 und 1933, in: zeitgeschichte 5/6 (1995), 188–210; zu den schweren Auseinandersetzungen zwischen SDAP und NSDAP vor den Gemeinderatswahlen in der damals noch selbständigen Gemeinde Hötting siehe Michael Gehler, „Wir werden es den Nazis zeigen!“ Die Höttinger Saalschlacht vom 27. Mai 1932, in: Albrich/Eisterer/Steininger, Tirol und der Anschluß, 271–306.

⁶⁴ Die Polizei im Parlament, in: Tiroler Anzeiger, 16.3.1933, 1.

Die Heimatwehr rief zum Kampf „für die Ausrottung des Bolschewismus u. die Errichtung eines wahrhaft nationalen, christlichen und sozialen Volksstaates“.⁶⁵

Mitte März 1933, als sich die Parteien in Innsbruck gerade im Wahlkampf für den Gemeinderat befanden, spitzte sich die Situation zu, in Innsbruck verstärkte die Polizei den Schutz öffentlicher Gebäude, Heimatwehr marschierte auf. Die Landesregierung befahl die Entwaffnung des Schutzbundes. Gerüchte besagten nämlich, so der Tiroler Anzeiger, dass Schutzbundkommandanten in Innsbruck im Besitz von Kriegswaffen seien, weshalb in den frühen Morgenstunden des 15. März bei rund 20 Personen Hausdurchsuchungen stattfanden. Die Exekutive fand unter anderem 13 Gewehre, neun Pistolen, über tausend Schuss Munition und Bajonette.⁶⁶ Am Abend folgten Durchsuchungen des Parteiheimes Sonne und der Redaktionsräume der Volkszeitung.

„Patrouillen der Stadtpolizei sperrten schlagartig die Straßenzüge um das Parteiheim der Sozialdemokraten, das Hotel Sonne, sowie die Mentelgasse [sic], in der sich die ‚Volkszeitung‘ befindet, ab. Zugleich postierten sich vor beiden Gebäuden feldmarchmäßig ausgerüstete Abteilungen des Innsbrucker Alpenjägerregimentes und brachten Maschinengewehre in Stellung. Die Mentelgasse wurde auch mit spanischen Reitern gesperrt. Sodann besetzten Gendarmerieabteilungen die beiden Häuser und nahmen gemeinsam mit Kriminalbeamten eine gründliche, mehrere Stunden in Anspruch nehmende Durchsuchung vor. Die Schutzbündler, die die Lokale bewachten, leisteten keinen Widerstand“, berichteten die Innsbrucker Nachrichten.⁶⁷

Martialischer schilderte der Tiroler Anzeiger die Durchsuchungen:

„Einige Minuten vor 8 Uhr besetzte eine etwa hundert Mann starke Abteilung des Bundesheeres das Hotel ‚Sonne‘. Das Militär marschierte, mit Maschinengewehren und Tränengasbomben ausgerüstet, von der Klosterkaserne kommend, durch die Meinhard- und Meraner Straße auf den Südtiroler Platz, machte vor dem Hotel ‚Sonne‘ Front und riegelte die Zufahrtsstraßen zum Gewerkschaftshaus beim Dampfbad, bei der Einmündung der Sterzinger Straße und in einem großen Bogen beim Vereinigungsbrunnen ab.“

Etwa 40 Gendarmen begannen dann mit der Durchsuchung des Hauses, während Menschen, die sich in der Sonne aufhielten, „bei offenen Fenstern Spottlieder und die Internationale“ sangen. Auf Widerstand stießen die Gendarmen nicht.⁶⁸ Durchsuchungen gab es auch in der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei (ETAB) in Mühlau, in den nächsten Tagen folgten Durchsuchungen im Heim der Kinderfreunde in der Leopoldstraße, in den Arbeiterheimen Wörgl und Häring, in Wohnungen in Kitzbühel und im Bezirk Lienz, in Hall und Landeck.⁶⁹

In den Mittagsstunden des 16. März verbot die Landesregierung den Republikanischen Schutzbund in Tirol,⁷⁰ Tage später folgte das Verbot in ganz Österreich. Am späten Nachmittag des 16. März versuchten bewaffnete HW-Männer wieder, in das Gewerkschaftshaus einzudringen, nur mit Haselnussstöcken ausgerüstete Schutzbündler vertrieben sie.⁷¹ Der Parteivorstand protestierte bei der Landesregierung, die

⁶⁵ Tiroler Heimatwehr, Flugblatt, 1933. StAl, FI-1810.

⁶⁶ Waffensuche in Innsbruck, in: Tiroler Anzeiger, 16.3.1933, 1.

⁶⁷ Sicherheitsmaßnahmen der Tiroler Landesregierung. Hausdurchsuchungen im Innsbrucker sozialdemokratischen Parteiheim und im Haus der „Volkszeitung“, in: Innsbrucker Nachrichten, 16.3.1933, 1.

⁶⁸ Die Aktion gegen das Gewerkschaftshaus, in: Tiroler Anzeiger, 16.3.1933, 1.

⁶⁹ Ein Tag der Unruhe, in: Volkszeitung, 16.3.1933, 1; Weitere Waffensuche in Tirol, in: Tiroler Anzeiger, 22.3.1933, 6; Hausdurchsuchungen in Hall und Landeck, in: Innsbrucker Nachrichten, 20.3.1933, 2.

⁷⁰ Der Republikanische Schutzbund in Tirol aufgelöst, in: Innsbrucker Nachrichten, 16.3.1933, Sonderausgabe.

⁷¹ Balkan in Innsbruck, in: Volkszeitung, 17.3.1933, 1.

Volkszeitung appellierte an die „Verantwortlichen im Lande, den Bogen der Gegensätzlichkeiten nicht zu überspannen und die Grenzen, die das Recht vom Unrecht trennen, nicht zu sehr zu verwischen“⁷², während sich die Heimatwehr als Retterin des Vaterlandes gerierte, denn das Verbot der „schwerbewaffnete[n] Parteilgarde der Sozialdemokraten Österreichs“ sei „einzig und allein dem zielbewußten und energischen Auftreten der Heimatwehr zu verdanken“⁷³.

In dieser aufgeheizten Stimmung kämpften in Innsbruck die Parteien um möglichst viele Stimmen bei den Gemeinderatswahlen im April. Fast täglich lieferten sich Anhänger der SDAP, der NSDAP und der HW Schlägereien in der Stadt. Die SA zog mit Fackelzügen durch die Straßen, in Versammlungen forderte die NSDAP unverhohlen das Ende der Demokratie und des Parlamentarismus, der bald „stinkend und zerfressen in sich zusammensinken“ werde.⁷⁴ Nach einem äußerst gehässigen Wahlkampf errang die NSDAP am 23. April 1933 41,2 % der abgegebenen Stimmen und neun der 40 Mandate. Allein das Wahlrecht, wonach jedes zweite Jahr nur die Hälfte der Sitze neu zu besetzen war, rettete die Stadt vor einer NS-Machtübernahme. Bei den Bürgermeisterwahlen sprang die SDAP über ihren Schatten und wählte nach einigen gescheiterten Durchgängen Franz Fischer von der Volkspartei zum Bürgermeister, um einen Nationalsozialisten in dieser Position zu verhindern. Angetreten war auch Franz Hofer, zu der Zeit und von 1938 bis 1945 Gauleiter der NSDAP in Tirol.⁷⁵

Seit März 1933 regierte Kanzler Engelbert Dollfuß mit Notverordnungen und schränkte die politischen Rechte immer weiter ein, im Mai 1933 verbot er alle kommunistischen Organisationen, im Juni 1933 alle nationalsozialistischen Organisationen. Österreich mochte in den unruhigen Monaten des Jahres 1933 formal noch eine Demokratie sein, aber Dollfuß arbeitete auf eine Diktatur hin. Ihm und seinen Gefolgsleuten schwebte ein Staat ohne Parlament vor, in dem eingeschränkte Mitsprache über, seit Jahren von katholischer Seite propagierte Berufsstände funktionierte. Nur die Sozialdemokratie störte noch seinen Plan. Ihr gegenüber verfolgte die Bundesregierung die Taktik des scheinweisen Zurückdrängens ihres Einflusses, gerade so viel und so schnell, dass sie es, um nicht als radikal zu gelten, hinnehmen musste. Dazu gehörten Eingriffe bei den Arbeiterkammern oder der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ebenso wie das Verbot der Maifeiern oder des Schutzbundes. Oder wie Bundeskanzler Dollfuß es ausdrückte: „Aber nichts geht den Sozi mehr auf die Nerven als diese gewisse langsame Taktik. Alles auf einmal bringt die Leute zum Kampf.“⁷⁶ Die SozialdemokratInnen protestierten, appellierten und forderten vergeblich Verhandlungen, aber die christlich-soziale Mehrheit in Land und Bund arbeitete weiter auf einen autoritären Staat hin, bis zur vollständigen Abschaffung aller demokratischen Rechte vergingen nur mehr wenige Monate.

3. Beschlagnahme Februar 1934

Zur Jahreswende 1933/34 verstärkten die mittlerweile illegalen NationalsozialistInnen ihre Terroraktivitäten, die Heimatwehr verlangte immer vehementer nach einem autoritären System sowie dem Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen und verhandelte auf Landes- und Bundesebene über die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.⁷⁷ Die SDAP hingegen, demoralisiert von den vergeblichen Bemühungen der vergangenen Jahre, setzte nach wie vor auf Verhandlungen.

⁷² Der Versuch und die Tat, in: Volkszeitung, 18.3.1933, 1.

⁷³ Flugblatt der Heimatwehr. StAI, FI-305.

⁷⁴ Bericht über eine NS-Kundgebung am 6.3.1933. TLA, ATR, Präsidium 1933, Karton 1215, Mp. Präs. 181-XII-59/31 I/1/1-179, Zl. I/16.

⁷⁵ Sabine Pitscheider, Von der Demokratie zu Diktaturen – Innsbruck 1933 bis 1938, in: Matthias Egger (Hg.), „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen.“ Innsbruck zwischen Diktatur, Krieg und Befreiung 1933–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 71), Innsbruck 2020, 11–46, hier: 15–18.

⁷⁶ Dollfuß bei einer Besprechung mit dem faschistischen Diktator Benito Mussolini. Zit. n. Emmerich Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938, Wien–Berlin 2013, 50.

⁷⁷ Einen Überblick über die Lage in Tirol in den Monaten Januar und Februar 1934 bietet Helmut Alexander, „... keiner soll der rücksichtslosen Vergewaltigung anheim fallen.“ Zur Auflösung des Tiroler Landtags im Februar 1934, in: zeitgeschichte 3/4 (1994), S. 109–128.

In Innsbruck marschierte Ende Januar 1934 die Heimatwehr auf, um einen, wie die Gerüchte sagten, nationalsozialistischen Putsch zu verhindern, aber eigentlich wollte sie mit dem Druck der Straße die Tiroler Landesregierung dazu zwingen, ihre Forderungen endlich zu akzeptieren. Die Volkszeitung protestierte, „Was will man verbieten?“ „Genossen! Die Heimatwehr fordert die Auflösung unserer Partei“.⁷⁸ Am 5. Februar durchsuchte ein HW-Trupp die Druckerei der Volkszeitung in der Mentlgasse und „verhaftete“ die Anwesenden.⁷⁹ Am 8. Februar 1934 sprachen Delegationen der Freien Gewerkschaften und der SDAP deswegen bei allen Bezirkshauptmannschaften vor und warnten vor der Forderung der Heimatwehr nach einem Verbot ihrer Organisationen.⁸⁰

Noch am Morgen des 12. Februar erschien die Volkszeitung mit der Schlagzeile: „Es gibt nur legale Lösungen!“⁸¹ Als an diesem Tag die Linzer Schutzbündler zu den Waffen griffen, geschah dies ohne Willen und Wissen der konsensorientierten Parteiführung. Die Kämpfe konzentrierten sich auf den Osten und Süden Österreichs, während die Lage in Tirol – bis auf Wörgl, Häring und Kirchbichl – ruhig blieb.⁸² Das Vorgehen der Christlich-Sozialen, der „Staatsstreich auf Raten“, war erfolgreich. Nach drei Tagen mit über 10.000 Verhafteten, neun vollstreckten Todesurteilen und dem Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen, darunter die Freien Gewerkschaften oder die Naturfreunde, war Dollfuß am Ziel seiner Politik.⁸³

Am Nachmittag des 12. Februar, so berichtete der Tiroler Anzeiger,

„besetzte Polizei gemeinsam mit Abteilungen der Heimatwehr alle Gebäude der sozialdemokratischen Partei, so das Hotel ‚Sonne‘ und das Gewerkschaftshaus in der Salurner Straße, das Gebäude der ‚Volkszeitung‘ in der Mentlgasse, die sozialdemokratischen Heime in der Leopold- und Pradler Straße, das Lebensmittelmagazin in der Museumstrasse, die Arbeiterkammer und die Arbeiterbäckerei. Die Besetzung aller Gebäude ging ohne Widerstand vor sich. Nur auf dem Bahnhofplatz kam es zu einer kleinen Demonstration jugendlicher Marxisten, sie sangen Parteilieder und die ‚Internationale‘. Polizei schaffte mit gezogenem Gummiknüppel bald Ordnung und trieb die Demonstranten ins Innere der Stadt ab.“⁸⁴

Bewaffneten Widerstand gab es in Innsbruck nicht und die in der Sonne und den anderen besetzten Häusern Anwesenden ließen sich festnehmen. Bis zum 14. Februar verhaftete das Bundespolizeikommissariat Innsbruck allein in Innsbruck und den noch selbständigen Gemeinden Mühlau und Hötting 68 Angehörige sozialdemokratischer Organisationen.⁸⁵ Alle auf sozialdemokratischen Listen gewählten Betriebsratsmitglieder verloren ihre Mandate, ebenso alle Gemeinderäte und Abgeordneten.

Der Tiroler Anzeiger titelte am 13. Februar „Unterdrückte Revolte des Marxismus“ und schob die Verantwortung für die Todesopfer in Österreich allein der sozialdemokratischen Partei und deren „verbrecherischen

⁷⁸ Was will man verbieten?, in: Volkszeitung, 2.2.1934, 1; Genossen!, in: Ebd., 3.2.1934, 1.

⁷⁹ Tatsachenbericht über einen Zwischenfall, in: Volkszeitung, 6.2.1934, 5.

⁸⁰ Die Tiroler Arbeiterschaft bei den Behörden, in: Volkszeitung, 8.2.1934, 5.

⁸¹ Es gibt nur legale Lösungen!, in: Volkszeitung, 12.2.1934, 1.

⁸² Schreiber, Sozialdemokratie, 48 f.; siehe auch Hye/Justić, Spannungsfeld, 513–531 und Abbildungen 386–394. Als Beispiel für bewaffneten Widerstand siehe Oliver Seifert, Der Februarkämpfer und Nationalratsabgeordnete Johann Astl (1891–1964), „... aber wenn der Staat ein Zuchthaus geworden ist, kann auch eine Liebe nicht gefunden werden zu einem solchen Zuchthaus“, in: Hofmann/Schreiber, Sozialdemokratie in Tirol, 359–370; zum Verlauf des Aufstandes in Wörgl, Kirchbichl und Häring siehe das Urteil des Landesgerichts Innsbruck vom 20.4.1934 (TLA, LG Ibk, 5 Vr 298/34); zur Situation in den drei Gemeinden Gisela Hormayr, Johann Lenk (1906–1945), „A lifelong rebel, a faithful socialist“, in: Tiroler Heimatblätter, 1/2022, 10–20, hier: 11–13.

⁸³ Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 22005, 300 u. 306.

⁸⁴ Die Vorgänge in Innsbruck, in: Tiroler Anzeiger, 13.2.1934, 3.

⁸⁵ Bundespolizeikommissariat, Meldung, 14.2.1934. TLA, ATR, Präsidium 1934, Karton 1236, Mp. Lagemeldungen Pol. Koat.



Abb. 2: Bewaffnete Männer der Heimatwehr bewachen den Eingang ins Gewerkschaftshaus in der Salurner Straße 2, Februar 1934 (StAI, Ph-15781/A-34).



Abb. 3: Die Fahne der Heimatwehr am Hotel Sonne, Februar 1934 (StAI, Ph-15781/A-41).

Angriffe[n] auf die Organe der Staatsautorität“ zu.⁸⁶ Die großdeutschen Innsbrucker Nachrichten rechtfertigten schon vorab die nun vollständige Abschaffung aller demokratischen Rechte: „Die Entscheidungen haben sich infolge der von den Sozialdemokraten heraufbeschworenen Ereignisse bereits zwangsläufig ergeben.“ Eine „rasche Liquidierung des Parteienstaates, dessen gefährlichster und unruhigster Exponent die sozialdemokratische Partei war“, sei dringend notwendig.⁸⁷ Die Tiroler Bauernzeitung, ohnehin erbitterte Gegnerin der Sozialdemokratie, schloss sich diesen Urteilen an, ein „[b]estialischer Kampf der Roten“ sei es gewesen, „[m]it den Methoden der Gassenräuber und Strauchdiebe wollten sie die verlorene Macht wiedergewinnen“. Sie gab sich aber versöhnungsbereit: Nun „wollen wir Euch neuerdings die Hand reichen und Weggefährten sein zum neuen Österreich.“⁸⁸

Das „neue“ Österreich verordnete drei Tage später die behördliche Beschlagnahme des gesamten Vermögens der sozialdemokratischen Organisationen. Am Nachmittag des 15. Februar beschlagnahmte die Polizei die Sonne und das „gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Vereines ‚Arbeiterheim‘ in Innsbruck zugunsten des Bundesschatzes“.⁸⁹ „Stark verschuldet“ sei die Sonne gewesen, „beträchtliche Steuerrückstände an die Stadt“ hätten bestanden, eine Hypothek habe die Stadt ins Grundbuch eintragen lassen müssen, bedienten die Innsbrucker Nachrichten zusätzlich das Vorurteil, Partei und Gewerkschaften hätten die Sonne über kurz oder lang sowieso aus eigenem Unvermögen ruiniert.⁹⁰ Wie so viele andere Gewerbebetriebe war die Sonne die kommunalen Abgaben tatsächlich seit Jahren schuldig geblieben und hatte versucht, mit Krediten die Wirtschaftskrise durchzustehen.⁹¹

4. Zwangsverwaltung 1934–1935

Zuerst war niemandem klar, was mit den beschlagnahmten Realitäten passieren sollte. Die Sonne unterstand per Dekret der Zwangsverwaltung durch einen bestellten Liquidator, einem Beamten der Stadt Innsbruck,⁹² das Gewerkschaftshaus diente bis Mai 1934 der Heimatwehr als Unterkunft,⁹³ das Hotel mit Restaurant blieb geöffnet. Beschlagnahmungen trafen den gesamten Besitz aller sozialdemokratischen Organisationen, Hütten der Naturfreunde, das Jugendheim der Kinderfreunde in der Leopoldstraße, den Seehof auf der Hungerburg, das Rapoldihaus in Kranebitten oder die Arbeiterheime in Wörgl und Häring.⁹⁴ Das Arbeiterheim Wörgl, der ehemalige Gasthof „Zur Rose“, stand fast ein Jahr leer, bevor es versteigert wurde.⁹⁵ Nach und nach lösten die Behörden alle als sozialdemokratisch geltenden Vereine auf, zuallererst die Vereine Arbeiterheim, dann alle Arbeiterturn-, Arbeitergesangs- oder Wohltätigkeitsvereine.⁹⁶

Trotz Standgerichten, Todesurteilen, Massenverhaftungen und Entlassungen versuchte die Regierung schnell so etwas wie Normalität herzustellen. In Innsbruck erschien etwa die Volkszeitung schon am 19. Februar wieder, allerdings mit dem neuen Untertitel „Unabhängiges Organ für die Interessen der Arbeiter und Angestellten“, sie stand unter Zwangsverwaltung und Zensur. Sie schrieb ab sofort im Sinne der Regierung, „hat vor allem dem inneren Frieden das Wort geredet“, nannte die Februarkämpfe ein „grausliges

⁸⁶ Unterdrückte Revolte des Marxismus, in: Tiroler Anzeiger, 13.2.1934, S. 1.

⁸⁷ Wie es kam, in: Innsbrucker Nachrichten, 13.2.1934, 3 f., hier: 4.

⁸⁸ Bestialischer Kampf der Roten, in: Tiroler Bauernzeitung, 15.2.1934, 1 f.

⁸⁹ Vermögensbeschlagnahme im Grundbuch mit 29. März 1934 angemerkte für Einlagezahl (EZL.) 693 II [= Südtiroler Platz 14] und EZL. 694 II [= Südtiroler Platz 16 und Salurner Straße 2]. Bezirksgericht Innsbruck (BG Ibk), Grundbuch Katastralgemeinde (KG) II/Innsbruck. Ebenso Eintragung in das Firmenregister. Landes- als Handelsgericht Innsbruck, Firmenbuch Nr. C1/d6, Pag. 52–53.

⁹⁰ Hotel „Sonne“ und Gewerkschaftshaus beschlagnahmt, in: Innsbrucker Nachrichten, 16.2.1934, 5.

⁹¹ Siehe die Eintragungen im Lastenblatt zu EZL. 693 II und 694 II. BG Ibk, Grundbuch KG II/Innsbruck.

⁹² Firmenprotokollierungen, in: Bote für Tirol, 21. April 1934, 2.

⁹³ Artikel im nationalsozialistischen Roten Adler, 14. Mai 1934, zit. n. Hye/Justić, Spannungsfeld, 531.

⁹⁴ Zu den einzelnen Liegenschaften siehe Gretl Köfler, Auflösung und Restitution von Vereinen, Organisationen und Verbänden in Tirol (Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission Bd. 21/3), Wien–München 2004, 104–106.

⁹⁵ Versteigerung des ehemaligen Arbeiterheimes in Wörgl, in: Volkszeitung, 27.3.1935, 6.

⁹⁶ Als Beispiel: Vereinsauflösungen, in: Bote für Tirol, 16.5.1934, 2.

Geschehen“ und die Tage danach einen „Prüfstein“.⁹⁷ Als einzig erlaubte politische Vereinigung stieg die Vaterländische Front zur Staatspartei auf. Wer ihr nicht angehörte, geriet in Verdacht, entweder links zu sein – sozialdemokratisch, kommunistisch – oder rechts, also nationalsozialistisch. Zur „neuen“ Normalität gehörte auch der Entwurf einer ständischen Berufsorganisation. Schon im März 1934 dekretierte die Regierung „im Geiste des Christentums, der sozialen Gerechtigkeit und Liebe zum Vaterlande“ die Einheitsgewerkschaft, den „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“, als „wirksame Interessenvertretung“. Beitreten durften alle, außer es bestand der „begründete Verdacht“, „dass der Anmeldende seine Mitgliedschaft [...] zu klassenkämpferischer oder politischer Agitation innerhalb des Gewerkschaftsbundes mißbrauchen könnte“,⁹⁸ was dem gewünschten harmonischen Miteinander von Arbeit und Wirtschaft widersprochen hätte. „Politische Quarantäne“ nannte das Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer in einer Pressekonferenz.⁹⁹ Dieser Zwangsvereinigung sollte auch das beschlagnahmte bewegliche und unbewegliche Vermögen, also Geld und Gebäude, zufallen, allerdings erst zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt.¹⁰⁰ Die Übernahme der Barmittel ging schnell vor sich, die der Realitäten langsamer und nicht immer im Sinne der Verordnung.

In Innsbruck suchte die Stadt im Dezember 1934 beim Bundeskanzleramt um die Übertragung des gesamten beschlagnahmten Vermögens des Vereines Arbeiterheim und damit der Sonne an und erhielt im Februar 1935 das Eigentumsrecht übertragen.¹⁰¹ Die Stadt hatte sich schon 1933 verpflichten müssen, dem im Zuge der Verbundlichung der Polizei neu eingerichteten Bundespolizeikommissariat, das provisorisch in der Herrengasse 1 (von 1938 bis 1945 Sitz der Gestapo) untergebracht war, eine eingerichtete Kaserne zur Verfügung zu stellen¹⁰², was immer noch nicht geschehen war. Bis 1933 war die Polizei in Innsbruck Teil der städtischen Verwaltung, obwohl sich Bundesregierungen seit Kriegsende darum bemühten, Polizeiaufgaben zu verstaatlichen. Im Laufe der 1920er Jahre richtete der Bund nach zähen Verhandlungen in jedem Bundesland eine Bundespolizeidirektion ein. Die Stadt Innsbruck wehrte sich lange Jahre erfolgreich dagegen, Kompetenzen abgeben zu müssen, obwohl die konservative Landesregierung darauf drängte. Schon 1928 wollte diese eine eigene „Brachialgewalt“ aufbauen und Befehlsgewalt über eine eigene Polizei, weil in der Stadt „auf die Wünsche der Linken in weitest gehendem Umfange Rücksicht genommen“ werden müsse.¹⁰³ Im selben Jahr warnte sie davor, dass bei einer Eingemeindung von Hötting die Stadt Innsbruck womöglich einen sozialdemokratischen Bürgermeister bekäme und sie dann ihren Einfluss auf die Politik der Landeshauptstadt verlieren könnte.¹⁰⁴

Die Verbundlichung erforderte einige Vorleistungen der Stadt Innsbruck, sie musste für die Bundespolizeidirektion einen Amtssitz, Räume für die kasernierten Polizisten und ein Gefängnis schaffen. Der Gebäudekomplex der Sonne schien für diesen Zweck geeignet, mit 20. März 1935 stellte das bis dahin fortgeführte Hotel und Restaurant seinen Betrieb ein und der Liquidator bot die Einrichtung zum Verkauf an.¹⁰⁵ Im April verkündete der ehemals demokratisch gewählte Bürgermeister und im Februar 1934 als

⁹⁷ Ein Prüfstein, in: Volkszeitung, 27.2.1934, 1.

⁹⁸ Der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten, in: Innsbrucker Nachrichten, 6.3.1934, 1.

⁹⁹ Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammern, in: Tiroler Anzeiger, 9.3.1934, 9 f., hier: 10.

¹⁰⁰ Der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten, in: Innsbrucker Nachrichten, 6.3.1934, 1.

¹⁰¹ Regierungskommissär Franz Fischer an Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 3.12.1934. StAl, Sonderfaszikel Polizeiverbundlichung Abt. MD 1936, Zl. 1995/Mag. Dion; Bundeskanzleramt/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Bescheid, 13.2.1935. BG Ibk, Urkundensammlung 1935, GZ 757/35.

¹⁰² Regierungskommissär Fischer, Bedeutungsvolle Fragen, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck, Nr. 2, 15.1.1935, 1–5, hier: 3 f.

¹⁰³ Amt der Tiroler Landesregierung an Finanzministerium, 17.9.1928. TLA, ATR, Präsidium 1938, Karton 1319, Fasz. Staatspolizei 1–100, Mp. Errichtung einer Bundespolizei-Behörde in Innsbruck Sz 97-XII57-1938, Zl. 1428/14/1928.

¹⁰⁴ Amt der Tiroler Landesregierung an Bundeskanzler Seipel, 17.9.1928. Ebd.

¹⁰⁵ Das ehemalige Gewerkschaftshaus wird Polizeigebäude, in: Volkszeitung, 23.3.1935, 7; Anzeige, in: Ebd., 14.5.1935, 10.

Regierungskommissär eingesetzte Fischer schließlich den Umbau.¹⁰⁶ Ende April 1935 fand die Bauverhandlung statt: In den Keller des Hotels kam eine Waschanlage mit Duschen und Badewannen, eine Zentralheizung und Werkstätten, durch das Abtragen von Wänden entstanden im Erdgeschoß Büros, ein Lehrsäle, eine Küche, Speiseräume und ein Aufenthaltsraum sowie ein Turnsaal. Für den ersten, zweiten und dritten Stock waren Büros vorgesehen, im Dachboden die Wohnung des Hausmeisters und Schlafräume für Polizisten. Im ehemaligen Gewerkschaftshaus in der Salurner Straße 2 entstanden im Erdgeschoß zwei Lehrsäle und ein Raum für ein Polizeimuseum, hofseitig unter anderem ein Waffenmagazin und eine Garderobe. Vom ersten bis in den dritten Stock und im Dachboden ließ die Stadt Schlafräume einrichten. Im Hof des Hotel Sonne entstanden ein Gefängnis und eine Garage.¹⁰⁷ Dazu nutzte die Stadt Grund der ehemaligen städtischen Molkerei und der Sonne. Der Polizeiarrest war für etwa 80 Häftlinge geplant, mit einem ummauerten Spazierhof und anschließenden Garagen mit Ausfahrt in die Adamgasse. In städtische Amtsgebäude in der Salurner Straße 4 richtete die Stadt noch zwei Wohnungen für höhere Polizeibeamte ein.¹⁰⁸ Für den Arrest ließ die Stadt das ehemalige Kühlhaus des Hotel Sonne umbauen.¹⁰⁹ Im Juni 1935 begann der Umbau, den die Stadt mit Kosten von 1,210.000 S bezifferte.¹¹⁰

5. Die Bundespolizeidirektion in der Sonne 1936–1945

Einige Tage vor der offiziellen Eröffnung erhielt die Presse eine Führung durch die Bundespolizeidirektion. Im ehemaligen Hotel waren im Erdgeschoß das Melde- und Passamt untergebracht, im ersten Stock der Erkennungsdienst und die Fahndungsabteilung, im zweiten Stock das Kommando der Sicherheitswache, im dritten die Kriminalpolizei und die Funkstelle. Im ehemaligen Gewerkschaftshaus war die Polizeikaserne eingerichtet, Schlafzimmer und -säle für die Polizisten. Geradezu ins Schwärmen geriet der Tiroler Anzeiger bei der Besichtigung des Gefängnisses: In den Zellen herrsche „größte Sauberkeit“, sie seien hell und freundlich, das Essen „kann zwar nicht als besonders reichhaltig, jedoch als reichlich und schmackhaft bezeichnet werden“.¹¹¹ Mit einem Festakt beging das offizielle Österreich die Eröffnung der Bundespolizeidirektion am 18. Februar 1936. Im Beisein des Innenministers begannen die Feierlichkeiten mit einer Messe in der Hofkirche, setzten sich mit einem Defilee der Bundespolizei auf dem Dollfuß-Platz (heute Platz vor dem Landestheater, während der NS-Zeit Adolf-Hitler-Platz) fort und gipfelten in der Weihe der Sonne durch Fürsterzbischof Sigismund Waitz.¹¹² Abends feierten Polizei und Wehrverbände, darunter die HW, die Ostmärkischen Sturmchargen, die christlich-deutschen Turner, mit einem „Kameradschaftsabend“ im Bahnhofsrestaurant ihre „enge Verbundenheit“.¹¹³

In den Jahren 1936 bis 1945 und darüber hinaus saßen neben Kriminellen tausende von politischen Gefangenen im Polizeiarrest: Bis März 1938 warteten hier Feinde des Ständestaates (SozialdemokratInnen, NationalsozialistInnen) auf die Überführung in das Gefängnis des Landesgerichts oder in ein Anhaltelager.¹¹⁴ 1933/34 hatte die Bundesregierung zwei Anhaltelager einrichten lassen, eines in Wöllersdorf

¹⁰⁶ Regierungskommissär Fischer, Der Jahresvoranschlag für 1935, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck, Nr. 5, 15.4.1935, 1–4, hier: 2.

¹⁰⁷ Niederschrift, aufgenommen am 29. April 1935 beim Stadtmagistrat Innsbruck. StAI, Akten Abt. VI Bau 1935, Akt 187/Abschn. 13/VI/1935.

¹⁰⁸ Das Gewerkschaftshaus als Polizeigebäude, in: Volkszeitung, 27.6.1935, 8.

¹⁰⁹ Sachverständiger Josef Werbitsch an Rückstellungskommission beim LG Ibk, 10.12.1950. ÖGB, Papiere Restitutionsfonds der Sozialdemokratischen Organisationen (RSO).

¹¹⁰ Kostenzusammenstellung lt. Bau- und Einrichtungsprogramm, März 1935. StAI, Sonderfaszikel Polizeiverbundlichung Abt. MD 1936, Zl. I/5c.

¹¹¹ Die neue Polizeikaserne, in: Tiroler Anzeiger, 18.2.1936, 6.

¹¹² Einladung vom Sicherheitsdirektor von Tirol und dem Bürgermeister von Innsbruck, o. D. StAI, Sonderfaszikel Polizeiverbundlichung Abt. MD 1936.

¹¹³ Kameradschaftsabend der Exekutive und der Wehrverbände, in: Innsbrucker Nachrichten, 19.2.1936, 1.

¹¹⁴ Im TLA befindet sich der Bestand Bundespolizeidirektion Innsbruck, Polizeigefängnis Innsbruck mit alphabetisch geordneten Karteikarten in 27 Kartons. Leider sind aus den Jahren 1936 bis März 1938 nur mehr wenige Karten erhalten, so dass weder die Namen noch die Zahl der wegen politischer Delikte Inhaftierten anzugeben ist.

(Niederösterreich)¹¹⁵ und eines in Kaisersteinbruch (Burgenland), in denen sie politische GegnerInnen internierte. In ein Anhaltelager kamen etwa der sozialdemokratische Bürgermeister von Hötting Alois Kohl, weil er von einer verbotenen sozialdemokratischen Versammlung gewusst haben soll; das langjährige aktive Mitglied der SDAP Ludwig Passamani unter der Anschuldigung, in Räumen der Arbeiterkammer geheime Schulungen für Mitglieder des Schutzbundes durchgeführt zu haben; der Mechaniker Franz Pucher, weil er Kompaniekommandant des Schutzbundes gewesen war und verbotene sozialdemokratische Symbole in der Stadt angebracht haben soll; der Buchhalter Friedrich Winkler, früher für Werbung in der Bezirksorganisation Innsbruck-Stadt zuständig; der Monteur Heinrich Roner, ehemals Verwalter des Rapoldhauses in Kranebitten; der Schutzbündler Hans Herke wegen der Verteilung von Flugzetteln, nach 1945 sozialistischer Landesrat in Kärnten;¹¹⁶ der Eisenbahner Bartlmä Glanzer, Obmann der SDAP im osttirolischen Dölsach, der den Behörden als „ausgesprochener Terrorist“ galt.¹¹⁷

Hier internierten SA, Schutzstaffel (SS) oder fanatische Mitglieder der NSDAP die in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 in „Schutzhaft“ Genommenen, vor allem herausragende Personen der „Systemzeit“, also Funktionäre der Vaterländischen Front, ehemalige HW-Führer oder Menschen, die in anderen Funktionen gegen den Nationalsozialismus aufgetreten waren. Hier verbrachte der Dichter Jura Soyfer, der in seinem Romanfragment „So starb eine Partei“ die Niederlage der SDAP literarisch verarbeitet hatte, zwanzig Tage. Die Grenzpolizei hatte ihn bei dem Versuch, im Juni 1938 in die Schweiz zu entkommen, verhaftet.¹¹⁸ Er starb im KZ Dachau. Hier warteten Jüdinnen und Juden, deren Flucht in die Schweiz gescheitert war, auf ihre Deportation in Konzentrationslager. Hier verlebten Innsbrucker Jüdinnen und Juden bange Tage der „Schutzhaft“, bevor sie dazu „überredet“ werden konnten, nach Wien zu übersiedeln oder ihren Besitz „freiwillig“ zu verkaufen.¹¹⁹ Hier waren Nonnen, Priester, Ordensleute inhaftiert, bevor sie wegen „Kanzelmissbrauchs“ vor dem Richter standen; ebenso sozialistische, kommunistische, monarchistische und katholische WiderstandskämpferInnen, Spanienkämpfer, Menschen, die „Feindsender“ gehört oder politische Witze erzählt hatten, ausländische Arbeitskräfte (ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene), die sich der strikten Disziplin widersetzt oder zu fliehen versucht hatten¹²⁰ – alle, die dem nationalsozialistischen Staat als „Volksfeinde“ galten.

Im Herbst 1943 verschärfte sich die Gefahr von Luftangriffen, weil die alliierten Armeen weit nach Mittelitalien vorgedrungen waren und von dort aus Bomber starten lassen konnten. Das Polizeipräsidium lag mitten in der Stadt und noch dazu nahe am Bahnhof, war also bei Luftangriffen, die sich gegen die Infrastruktur richteten, extrem gefährdet. Nach Jahren, in denen gelegentliche Alarmerie die Bevölkerung aufgeschreckt hatten, bombardierten alliierte Flugzeuge Mitte Dezember 1943 an zwei Tagen die Landeshauptstadt, hunderte Menschen starben, die Schäden waren enorm. Der fünfte Luftangriff am 26. Oktober 1944 richtete

¹¹⁵ Zu diesem Anhaltelager siehe Pia Schölnberger, „Ein Leben ohne Freiheit ist kein Leben“. Das „Anhaltelager“ Wöllersdorf 1933–1938, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien–Köln–Weimar 2012, 94–107, hier: 101.

¹¹⁶ Sicherheitsdirektion, Bescheide, 26.3.1934. TLA, ATR, Präsidium 1934, Karton 1236, Mp. Anhaltungen 194 prs. XII 57 1934, Zl. 1667/396.

¹¹⁷ Sicherheitsdirektion, Bescheid, 20.3.1934. Ebd., Zl. 1433/358.

¹¹⁸ Karteikarte Jura Soyfer. TLA, Bundespolizeidirektion Innsbruck, Polizeigefängnis Innsbruck, Karton 21.

¹¹⁹ Siehe Thomas Albrich, „Die Juden hinaus“ aus Tirol und Vorarlberg: Entrechtung und Vertreibung 1938–1940, in: Rolf Steininger/Sabine Pitscheider, Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 19), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002, 299–317; zu den „Arisierungen“ siehe Wolfgang Meixner, „Arisierung“ – die „Entjudung“ der Wirtschaft im Gau Tirol-Vorarlberg, in: Ebd., 319–340.

¹²⁰ Liste der verhafteten Priester und Ordensleute, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945, Wien 1984, Bd. 2, 332–350; sowie beide Bände für alle hier aufgezählten GegnerInnen des NS-Staates; zu den Sondergerichten der NS-Justiz siehe Martin Achraier, „Standgerichte der Heimatfront“: Die Sondergerichte in Tirol und Vorarlberg, in: Steininger/Pitscheider, Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit, 111–130; zum linken Widerstand in Tirol siehe Gisela Hormayr, „Ich sterbe stolz und aufrecht“. Tiroler SozialistInnen und KommunistInnen im Widerstand gegen Hitler (Studien zu Geschichte und Politik Bd. 15), Innsbruck–Wien–Bozen 2012. Zu ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen Sabine Pitscheider, Arbeitseinsatz für das Deutsche Reich. Zwangsarbeit in Tirol 1939–1945, Studie, erstellt im Auftrag der Tiroler Landesregierung, Juli 2021 (erscheint 2024).



Abb. 4: Die Sonne als Ruine Anfang der 1950er Jahre (SPÖ-Archiv).

sich wieder einmal gegen den Hauptbahnhof. Die Flugzeuge warfen rund 30 mittelgroße Sprengbomben und rund 2.000 Stabbrandbomben auf das Gebiet ab. Das Polizeipräsidium am Südtiroler Platz 16 erhielt leichte Treffer, ebenso die schon 1940 im vom NS-Regime beschlagnahmten Jesuitenkolleg untergebrachte Kaserne der Schutzpolizei.¹²¹

Der siebte Luftangriff am 16. November 1944 war schwerer, tötete mehr Menschen und hinterließ größere Zerstörungen, unter anderem mittelschwere Schäden in der Sonne am Südtiroler Platz 16. In zwei Wellen überflogen 72 Flugzeuge die Stadt, luden rund 500 Sprengbomben über dem Hauptbahnhof und der Bahnstrecke nach Hall ab.¹²² Einen Monat später, am 15. Dezember, flogen die Alliierten mit 40 Flugzeugen den zwölften Luftangriff auf die Stadt. Dieses Mal waren die Schäden im Polizeipräsidium schwerer.¹²³ Beim

¹²¹ Luftschutz-Schadensmeldung, 27.10.1944. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten, Karton 1, Mp. 5. Luftangriff vom 26.10.1944. Zum Luftkrieg siehe Thomas Albrich/Arno Gisinger, Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943–1945 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 8), Innsbruck 1992; Thomas Albrich, Luftkrieg über der Alpenfestung 1943–1945. Der Gau Tirol-Vorarlberg und die Operationszone Alpenvorland, Innsbruck 2014; Peter Helfer, Innsbruck im Bombenkrieg, in: Innsbruck 1938–1945. Vom Anschluss bis zum Kriegsende (Zeit – Raum – Innsbruck Bd. 3), Innsbruck 2003, CD-Rom; Michael Svehla, Als in Innsbruck die Sirenen heulten. Luftangriffe 1943–1945 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 67), Innsbruck 2018.

¹²² Luftschutz-Schadensmeldung, 17.11.1944. TLA, Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten, Karton 1, Mp. 7. Luftangriff vom 16.11.1944.

¹²³ Luftschutz-Schadensmeldung vom 19. Dezember 1944. Ebd., Karton 2, Mp. 12. Luftangriff vom 15.12.1944.

15. Angriff am 25. Dezember 1944 griffen die alliierten Bomber in mehreren Wellen den Haupt- und den Westbahnhof, Wilten und die Bahnstrecke nach Hall mit Spreng- und Splitterbomben an. Das Haus Südtiroler Platz 14 war danach eine Ruine, das Polizeipräsidium in Nr. 16 erlitt leichte Schäden, brennende Teile eines abgeschossenen Flugzeuges trafen die Polizeikaserne.¹²⁴

Das NS-Regime verlegte die Infrastruktur der Polizei: Das Präsidium kam wie schon zuvor die Kaserne in das Jesuitenkolleg in der Straße der Sudetendeutschen (heute Sillgasse), einige Polizisten hatte es 1939 schon in der ehemaligen städtischen Herberge in der Hunoldstraße untergebracht.

6. Zurück zur Republik 1945

Bis in den November 1945 und den ersten demokratischen Wahlen auf Landes- und Bundesebene formierten sich unter den wachsamen Augen der Alliierten die drei Gründungsparteien der Zweiten Republik. Sie knüpften sowohl ideologisch als auch personell an die Zeit davor an, vor dem Frühjahr 1933 die KPÖ, vor dem Februar 1934 die SPÖ, vor dem März 1938 die ÖVP. In der ÖVP sammelte sich das konservative Lager der Ersten Republik und der Diktatur ab 1934 in Bündeln.¹²⁵

Am 14. April 1945 gründete sich in Wien nach tagelangen Verhandlungen zwischen den Revolutionären SozialistInnen und SozialdemokratInnen¹²⁶ die Sozialistische Partei Österreichs mit dem Klammerzusatz Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten als dezidierte Nachfolgerin der 1934 verbotenen und in die Illegalität gedrängten SDAP.¹²⁷ Der Klammerzusatz war ein Kompromiss zwischen jenen, die sich nach dem Verbot der sozialdemokratischen Organisationen ruhig verhalten hatten, und jenen, die in der Illegalität weiter für ihre Sache gekämpft und mitunter einen hohen Preis bezahlt hatten. Der 14. April gilt als offizielles Gründungsdatum der Partei, obwohl sich ihr Einflussbereich auf das befreite Wien und sein Umland beschränkte, während im Westen und Süden die alliierten Armeen erst Richtung Grenzen vorrückten. In allen befreiten Bundesländern und Städten bemühten sich in den ersten Maitagen frühere FunktionärInnen der SDAP um die Reorganisation. In Innsbruck taten dies 20 Männer und eine Frau am 4. Mai, einen Tag nach dem Einmarsch der US-Armee. Die 21, darunter Franz Hüttenberger oder Josef Wilberger, trafen sich im Gebäude der ehemaligen Arbeiterkammer in der Maximilianstraße 7, in der NS-Zeit Sitz der Deutschen Arbeitsfront (DAF) sowie der Kreisleitung der NSDAP, und gründeten die Sozialdemokratische Partei. Ein Thema war dabei die Frage eines Hauses, das Sitz der Partei und der Gewerkschaften sein sollte.¹²⁸ Noch fehlte jeder Kontakt zum Rest des Landes, was die unterschiedliche Namensgebung erklärt. Und noch fehlte die Erlaubnis der alliierten Militärregierungen, sich überhaupt politisch betätigen zu dürfen. Diese kam erst Mitte September 1945.

Auch die Gewerkschaften reorganisierten sich, und zwar fanden sich nach dem Motto „Das Trennende zurückstellen und das Einigende in den Vordergrund bringen“¹²⁹ die Richtungsgewerkschaften der Ersten Republik im Österreichischen Gewerkschaftsbund zusammen. Fortan bildeten sie Fraktionen, um die ideologischen Unterschiede kenntlich zu machen, nämlich die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterIn-

¹²⁴ 1. Polizei-Revier, Schadenstellen, 25.12.1944; Luftschutz-Schadensmeldung, 27.12.1944. Ebd., Mp. 15. Luftangriff vom 25.12.1944.

¹²⁵ Zur Gründung der Volkspartei und den Bündeln in Tirol siehe Michael Gehler, Die Volkspartei in Tirol 1945–1994, in: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien–Köln–Weimar 1995, 645–700, hier: 645–651.

¹²⁶ Fritz Weber, Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950, Wien 1986, 19.

¹²⁷ Wolfgang C. Müller, Die Organisation der SPÖ 1945–1995, in: Wolfgang Maderthaler/Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995 (Sozialistische Bibliothek Abteilung 3: Die sozialdemokratische Bewegung 1), Wien 1996, 195–356, hier: 206. Erst 1991 benannte sich die SPÖ in Sozialdemokratische Partei Österreichs um.

¹²⁸ Protokoll und Anwesenheitsliste der 1. Sitzung der Sozialistischen Partei Tirols am 4. Mai 1945. SPÖ, Landesorganisation Tirol/Archiv (SPÖ-A), Ordner LPV Protokolle 1945–31.12.1958.

¹²⁹ Erste Landeskonferenz der Gewerkschaftsvertrauensmänner Tirols, in: Volkszeitung, 11.2.1946, 1.

nen (FSG), die der christlichen GewerkschafterInnen (FCG) und den Linksblock (KPÖ). Mangels Alternative bezogen sie ebenfalls Räume in der Maximilianstraße 7. Schon vor der offiziellen Zulassung und unmittelbar danach hatte der ÖGB die Rückgabe aller 1933, 1934 und 1938 beschlagnahmten Vermögenswerte verlangt. Eine Forderung, die keine Priorität hatte, nicht angesichts der Not, des Hungers, der Frage des Wiederaufbaus einer zerrütteten Gesellschaft und Wirtschaft, des Problems der Entnazifizierung und des der politischen Machtaufteilung auf Landesebene und in dem in vier Zonen geteilten Bundesgebiet. Wie alle wieder oder neu gegründeten Organisationen hatten auch SPÖ und ÖGB damit zu kämpfen, dass viele ihrer Mitglieder sich zu sehr mit dem Nationalsozialismus eingelassen hatten. Die Frage, wie mit ihnen umzugehen war, beschäftigte die Organisationen noch viele Jahre.¹³⁰

Im Gegensatz zur Ersten Republik entwickelten sich die politischen Rahmenbedingungen für sozialdemokratische Organisationen nun günstiger, der politische Streit, mochte er auch ebenso heftig sein wie vor dem Februar 1934/März 1938, verlagerte sich von der Straße in Gremien und Hinterzimmer. Wiederaufbau, Staatsvertrag, große Koalition, kleines Wirtschaftswunder – im Österreich der 1950er Jahre waren ÖGB und SPÖ staatstragende, stabilisierende Faktoren, die an politischen Auseinandersetzungen wie vor dem Jahr 1934 nicht interessiert waren. Es schien möglich, Wohlstand für möglichst viele am Verhandlungstisch zu erreichen und die ideologischen Gegensätze nach außen hin verschwimmen zu lassen. Überdies überwachte der Alliierte Rat bis zum Abschluss des Staatsvertrages die Entwicklung demokratischer Institutionen in Österreich, was die politischen Leidenschaften einbremsete. In Tirol mit der absoluten Mehrheit der ÖVP und der kleinstrukturierten Wirtschaft, die gewerkschaftliche Organisation behinderte, tat sich die Partei zwar schwerer, konnte sich aber als verlässlicher politischer Partner etablieren.

7. Restitution 1945–1950

Nach 22 Luftangriffen auf Innsbruck waren rund 1.500 Menschen tot, Teile der Stadt, wie der Bahnhof und Umgebung, fast vollkommen zerstört, geschätzte 60 % aller Wohnungen unbenutzbar.¹³¹ Die Schäden am Gebäudekomplex der Sonne/des Gewerkschaftshauses waren von unterschiedlicher Schwere: Das Haus in der Salurner Straße 2 war zu 21 % beschädigt, aber noch benutzbar, nur der Ostteil und das Dachgeschoß waren total zerstört. Das Haus am Südtiroler Platz 14 war zu 76 % beschädigt, damit praktisch ein Totalschaden, das Haus am Südtiroler Platz 16 war zu 52 % beschädigt und ebenfalls nicht mehr nutzbar.¹³² Einzig unbeschädigt geblieben war das Polizeigefängnis.

¹³⁰ Zur Politik in Tirol siehe Martin AchRAINER/Niko Hofinger, Politik nach „Tiroler Art – ein Dreiklang aus Fleiß, Tüchtigkeit und Zukunftsglaube“. Anmerkungen, Anekdoten und Analysen zum politischen System Tirols 1945–1999, in: Michael Gehler (Hg.), Tirol „Land im Gebirge“: Zwischen Tradition und Moderne (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 Bd. 3), Wien–Köln–Weimar 1999, 27–137, hier: 28–44; zum Hunger Klaus Eisterer, Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 9), Innsbruck 1992, 3–76. Zur Entnazifizierung der politischen Parteien, speziell der SPÖ: für Tirol siehe Sabine Pitscheider, „In Wahrheit sind wir alle gezwungen worden ...“ – Die Integration ehemaliger NationalsozialistInnen in die Tiroler SPÖ, in: Linda Erker/Alexander Salzmann/Lucile Dreidemy/Klaudija Sabo (Hg.), Update! Perspektiven der Zeitgeschichte (Zeitgeschichtetag 2010), Innsbruck–Wien–Bozen 2012, 52–60; für Österreich siehe Maria Mesner (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien–München 2005. Die ÖVP setzte sich erst spät mit diesem Kapitel ihrer eigenen Geschichte auseinander. Dazu siehe Helmut Wohnout (Leiter Forschungsprojekt im Auftrag des Karl von Vogelsang-Instituts), Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären mit NS-Vergangenheit in der österreichischen Volkspartei 1945–1980. Eine gruppenbiographische Untersuchung, Wien 2018. Die FPÖ, Nachfolgepartei des Wahlvereins der Unabhängigen/des Verbandes der Unabhängigen (WdU/VdU), reagierte erst im Juli 2019 mit einem wenig überzeugenden Historikerbericht. Kritischer und mit historischer Expertise Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, Göttingen 2019.

¹³¹ Albrich/Gisinger, Bombenkrieg, 272.

¹³² Schadensfeststellung Salurner Straße 2; Schadensfeststellung Südtiroler Platz 14; Schadensfeststellung Südtiroler Platz 16, alle o. D. StAI, Ordner Schadensfeststellung R, S.

Neben dem wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau beschäftigte die sozialdemokratischen Organisationen die Frage, wie sie wieder in den Besitz ihres 1934 entzogenen Gutes kommen und in welchem Haus sie ihre Zentrale einrichten sollten und konnten. Immer wieder forderte die Volkszeitung Wiedergutmachung und warf ihren alten Widersachern, den Christlich-Sozialen, nun ÖVP, vor, die „austrofaschistische Epoche [...] zu bagatellisieren“.¹³³ Sie verlangte „die Rückgabe der zu Unrecht enteigneten Gebäude und sonstigen Vermögenswerte der organisierten Arbeiterschaft“.¹³⁴ Besonders vor sozialdemokratischen Gedenk- bzw. Feiertagen wie dem 12. Februar oder dem 1. Mai erneuerten SPÖ und ÖGB ihre Forderung. Als Zeichen der „symbolischen Wiedergutmachung“ wehten von allen 1934 beschlagnahmten Gebäuden vom 10. bis 12. Februar 1946 rote Fahnen „mit einem Trauerflor“.¹³⁵ In Tirol hatte die Partei keinen eigenen Besitz, alle Häuser oder Hütten hatten Vereinen gehört, wie dem Verein Arbeiterheim oder den Naturfreunden. Die Parteijugend sollte im Februar 1946 jedenfalls das Hotel Sonne, das Kinderheim in der Leopoldstraße, die Arbeiterbäckerei, die Haus Mentlgasse 12 und den Seehof auf der Hungerburg beflaggen.¹³⁶

Mit 12. Februar 1946 datiert ist ein Schreiben des SP-Landesrates Alois Heinz an die Landesexekutive des ÖGB. Darin ersuchte er darum, dem Parteivorstand, konkreter dem Mitglied Karl Kunst, im Zivilberuf Rechtsanwalt, die 1934 beschlagnahmten Vermögenswerte zu melden. In den Meldungen war zu unterscheiden zwischen dem Vermögen der Partei (Grundstücke, Arbeiterheime, Jugend- und Kinderfreundeheime, Kultureinrichtungen oder Bibliotheken) oder der Gewerkschaft (darunter Naturfreunde, Gesangsvereine). Gemeinsam genutzte Liegenschaften waren als „gemischte Vermögenswerte“ zu benennen. Die Sonne war im Besitz des Vereines Arbeiterheim gewesen, dem sowohl Mitglieder der nunmehrigen SPÖ als auch der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, vormals Freie Gewerkschaften, angehört hatten, war somit ein „gemischter Vermögenswert“, für den „die entsprechenden Beteiligungen genau vermerkt werden“ mussten. Der Verein hatte zur Finanzierung des Kaufs und der Erhaltung der Sonne auf Darlehen zurückgegriffen, die ihm einzelne Gewerkschaften, beispielsweise die Buchdrucker oder die Eisenbahner, gewährt hatten, was die nachfolgende Aufteilung des Gebäudekomplexes nicht einfacher machte.¹³⁷ Der Verein existierte nicht mehr, aber die personelle Kontinuität der Partei mit den ehemals Freien Gewerkschaften sehr wohl noch. Zum Beispiel hatten Josef Wilberger oder Rupert Zechtl hohe Funktionen im ÖGB inne und saßen zugleich im Parteivorstand der SPÖ. Im Laufe der Jahre lockerte sich allerdings die vor 1934 so enge Bindung, da ja der ÖGB überparteilich agieren musste, was der SPÖ manches Mal missfiel, zumal die „K.P. und Ö.V.P. die Gewerkschaft besser ausnützen als wir“.¹³⁸ Bis ins Frühjahr 1946 hatte die SPÖ schon versucht, die Rechtsverhältnisse der vor 1934 existierenden Vereine Arbeiterheim zu klären. Demnach hatten fünf solcher Vereine in Nordtirol existiert, und zwar in Innsbruck, Hötting, Wörgl, Häring und Kufstein.¹³⁹

Noch hatte das Parlament kein Gesetz beschlossen, das Fragen um entzogenes Vermögen regelte, weshalb die Sonne vorläufig im Besitz der Stadt blieb. Ab Februar 1946 war aber der SPÖ-Landesvorsitzende und zugleich Landeshauptmannstellvertreter Hüttenberger mit der treuhändischen Verwaltung betraut. Erst am 6. Februar 1947 verabschiedete das Parlament das erste Rückgabegesetz für zwischen März 1933 (Ausschaltung des Parlaments, Verbot der Kommunistischen Partei und des Republikanischen Schutzbundes) und 13. März 1938 („Anschluss“ an das Deutsche Reich) entzogene Vermögen aufgelöster demokratischer Organisationen (BGBl. 55/1947). Wie darin vorgesehen gründeten sich als Rechtsnachfolger betroffener Organisationen Restitutionsfonds, die alle Ansprüche zentral regeln sollten. Die SPÖ schuf den Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen, die FSG den der Freien Gewerkschaften, zentral verwaltet

¹³³ Mohrenwäsche, in: Volkszeitung, 29.1.1946, 1 f., hier: 1. Die Zeitung war erstmals am 11. November 1945 wieder erschienen, und zwar als 43. Jahrgang. Sie schloss damit an den Februar 1934, dem 42. Jahrgang, an.

¹³⁴ Noch einmal Austrofaschismus, in: Volkszeitung, 2.2.1946, 1 f., hier: 1.

¹³⁵ Symbolische Wiedergutmachung, in: Volkszeitung, 12.2.1946, 2.

¹³⁶ Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes der SPÖ, 26.1.1946. SPÖ-A, Ordner LPV Protokolle 1945–31.12.1958.

¹³⁷ Landesrat Alois Heinz an den Österreichischen Gewerkschaftsbund, Landesexekutive Tirol, am 12. Februar 1946; handschriftlicher Aktenvermerk, März 1948. ÖGB, RSO.

¹³⁸ Ludwig Klein in der Sitzung des Parteivorstandes der SPÖ Tirol am 4. Oktober 1948. SPÖ-A, Ordner LPV Protokolle 1945–31.12.1958.

¹³⁹ Rechtsanwalt Karl Höflinger an Franz Hüttenberger, 12.11.1945. SPÖ-A, Ordner Restitution Soz. Org. Rückgabe Akten (Rückgabe).

von einer Kommission bestehend aus SPÖ und ÖGB in Wien.¹⁴⁰ Im Gesetz fehlten die Vermögen der Christlich-Sozialen Partei und der Vaterländischen Front, weil sie mit dem „Anschluss“ im März 1938 zwar ebenfalls ihr Eigentum verloren hatten, aber offiziell keinen Rechtsnachfolger hatten und „damals zur Katastrophe beigetragen haben“.¹⁴¹

Anfang März 1947 lud Hüttenberger Vertreter all jener Organisationen, deren Besitz 1934 beschlagnahmt worden war, zu einer gemeinsamen Sitzung.¹⁴² Als gemeinschaftlicher Besitz galt der Gebäudekomplex Sonne am Bahnhof, den die beiden Restitutionsfonds nach der Rückgabe auf Partei und Gewerkschaft aufteilen wollten.¹⁴³ Die Partei nominierte auf Anfrage des Restitutionsfonds Landesrat Alois Heinz und Stadtrat Max Klappholz für die Rückgabe-Kommission beim Landesgericht, Franz Hüttenberger und Hans Flöckinger für die beim Oberlandesgericht und nannte als ihre Rechtsvertreter Karl Kunst und Karl Höflinger.¹⁴⁴

Bis zur offiziellen Rückgabe vergingen aber noch Jahre. Das ehemalige Gewerkschaftshaus in der Salurner Straße war zwar beschädigt, aber benutzbar. Immer wieder rief die SPÖ Innsbruck ihre Mitglieder dazu auf, „am Ausbau unseres bombenbeschädigten Parteiheimes, dem Gewerkschaftshaus, Salurner Str. 2“ mitzuhelfen. Gesucht waren „Maurer, Elektriker, Tischler, Dachdecker, Spengler, Hilfskräfte und Genossinnen, die die Reinigung der Böden und Fenster besorgen“.¹⁴⁵ Im Juni 1947 erlaubte die Stadt Innsbruck, dass die SPÖ die Schäden am Putz beseitigte, durch Bombeneinwirkung zerstörte Fenster und Türen austauschte, schadhafte Fußböden ersetzte und Notdächer errichtete.¹⁴⁶

Im Laufe der folgenden Jahre versammelte sich hier die Sozialistische Jugend, die Gewerkschaftsjugend und die Naturfreunde unterhielten im nunmehr Parteiheim Sonne genannten Haus ihre Sekretariate. Zudem hatte die Polizeidirektion noch 1946 Zimmer an Polizeiangestellte vermietet. Von Bomben verschont geblieben war der Polizeiarrest, den die Bundespolizeidirektion immer noch als solchen nutzte und den sie erst nach Fertigstellung eines neuen Arrestes räumen wollte.¹⁴⁷ In den ersten Monaten nach Kriegsende nutzten die alliierten Militärregierungen, zuerst die US-Armee, nach dem Zonentausch im Juli 1945 die französischen Sicherheitsbehörden, den Polizeiarrest, um NS-FunktionärInnen oder Kriegsverbrecher zu inhaftieren. Manches Mal war der Arrest genauso überfüllt wie ab dem März 1938. Ende Juni 1945 waren die Zellen so überbelegt und die Versorgung mit Lebensmitteln sowie Medikamenten so unzureichend, dass sich die Gesundheitsverhältnisse der Inhaftierten rapide verschlechterten.¹⁴⁸ Statt 80 saßen im September 1945 160 bis 180 Inhaftierte in den Zellen, die Häftlinge lagen auf dem bloßen Boden, die Verpflegung erreichte nicht einmal die Hälfte der für die Zivilbevölkerung zugestandenen Menge.¹⁴⁹

Seit der Verlautbarung des Rückgabegesetzes stellte der Restitutionsfonds Anträge für den Besitz in Tirol und Innsbruck. In Innsbruck für die ETAB, die Hungerburg (Seehof und Waldheim), das Kinderheim in der Leopoldstraße, das Rapoldiheim in Kranebitten, die Druckerei in der Mentlgasse 12 und schließlich Ende

¹⁴⁰ Georg Graf, Die österreichische Rückstellungsgesetzgebung. Eine juristische Analyse (Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission Bd. 2), Wien–München 2003, 356–368.

¹⁴¹ Stenographisches Protokoll, 44. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 6.2.1947. https://www.parlament.gv.at/dokument/V/NRSITZ/44/imfname_141107.pdf.

¹⁴² Franz Hüttenberger in der Sitzung des Parteivorstandes der SPÖ Tirol, [2.]3.1947. SPÖ-A, Ordner LPV Protokolle 1945–31.12.1958.

¹⁴³ Notiz über die Besprechung in der Sache der Ersten Tiroler Arbeiterbäckerei in Innsbruck und des Hotel Sonne, Wien 21.6.1948. SPÖ-A, Rückgabe.

¹⁴⁴ SPÖ-Tirol an Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen, 23.4.1947. Ebd.

¹⁴⁵ Genossen und Genossinnen!, in: Volkszeitung, 5.10.1946, 8.

¹⁴⁶ Stadtbauamt, Bescheid, 20.6.1947. StAI, Akten Abt. VI Bau/digitalisierter Mikrofilm (Docuware), Salurner Straße 2, Zl. VI-1605/1947.

¹⁴⁷ Die neue Bundespolizeidirektion in der Kaiserjägerstraße war erst im April 1960 fertig, das Hauptgebäude schon 1957. Bis 1957 bzw. 1960 war die Direktion im Jesuitenkolleg in der Sillgasse, der Arrest vermutlich bis 1960 im Hinterhof von Gewerkschaft und SPÖ.

¹⁴⁸ Polizeipräsidium an Bürgermeister Melzer, 24.6.1945. StAI, Karton Polizeiberichte 1945–1947, Umschlag Vorfällenberichte 1945, Zl. I-133/1945.

¹⁴⁹ Polizeipräsident an Chef de la Sécurité Public, 8.9.1945. Ebd., Zl. II-24/12/4/1945.

Dezember 1949 für die Sonne.¹⁵⁰ War die Sonne in den Besitz der Stadt Innsbruck übergegangen, hatte der Ständestaat die Liegenschaften und Häuser anderer Vereine seinen eigenen Organisationen überlassen, beispielsweise das Haus der Freien Schule Kinderfreunde in der Leopoldstraße dem Jugendfürsorgeverein für Tirol. Das NS-Regime hatte die Häuser dann auf verschiedene Organisationen verteilt, die Hütten der Naturfreunde gingen etwa an den Reichsverband deutscher Jugendherbergen, die Kinderheime an die NS-Volkswohlfahrt.¹⁵¹

Ende der 1940er Jahre ging es der Partei finanziell schlecht und der Gedanke, für all den zurückgegebenen Besitz wie das Arbeiterheim Hötting, die Kindertagesheime in der Leopoldstraße oder in Pradl Geld aufbringen zu müssen, bereitete ihr Sorgen. Im Sommer 1949 diskutierte der Parteivorstand – wieder einmal – darüber, die Sonne zu verkaufen, um andere, wichtigere Projekte wie die verschuldete Druckerei zu finanzieren.¹⁵² Im November 1950, als die Verhandlungen mit der Stadt Innsbruck vor dem Abschluss standen, debattierte der Parteivorstand darüber, was mit der Sonne geschehen sollte. Zu dieser Zeit interessierten sich sowohl eine Fremdenverkehrsorganisation als auch das Innenministerium für den Gebäudekomplex bzw. die Grundstücke. Wilberger plädierte für einen Verkauf, um mit dem Erlös ein „kleines Parteiheim“ zu bauen; Kunst war gegen einen Verkauf an das Innenministerium, weil der Bund zu wenig zahle. Schließlich beschloss der Parteivorstand, Hüttenberger mit Verkaufsverhandlungen zu betrauen.¹⁵³

Wie bei allen Rückgabeprozessen ging es bei der Sonne vordergründig nicht um Recht oder Unrecht, sondern um Geld, d. h. um die Frage, was der Besitz zum Zeitpunkt der Beschlagnahme Wert gewesen war und welchen er jetzt hatte. Üblicherweise versuchte die Gegenseite eine Wertsteigerung nachzuweisen, der Restitutionsfonds hingegen Wertminderungen. Manche Prozesse zogen sich so lange hin, der über die offizielle Rückgabe der Sonne dauerte nur ein Jahr. Strittig war hier die Frage, wem der Grund gehörte, auf dem sich der Polizeiarrest befand, wie viel davon also der Rückgabe unterlag. Der gerichtlich bestellte Sachverständige, Baumeister Josef Werbitsch, legte sein Gutachten im Dezember 1950 vor, wonach der Arrest auf 482 m² der Sonne und auf 16 m² der ehemaligen städtischen Molkerei stand.¹⁵⁴

Am 19. Dezember 1950 schloss der Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen schließlich mit der Stadt Innsbruck einen Vergleich, in dem sich die Stadt verpflichtete, die Sonne an den Fonds zu übertragen.¹⁵⁵ Mit der grundbücherlichen Eintragung am 10. Januar 1951 war die 1934 vorgenommene Beschlagnahme nun auch offiziell beendet.¹⁵⁶

8. Aufteilung 1951–1962

Im Alltag spielte es zu Beginn der 1950er Jahre keine Rolle mehr, wem die Sonne laut Grundbuch gehörte, nun war der gesamte Gebäudekomplex bzw. die Ruinen im Besitz des Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen. Der Fonds war daran interessiert, den rückgestellten Besitz möglichst schnell an die Partei oder einer anderen sozialdemokratischen Organisation zu überschreiben, zum einen, um die Verwaltungsarbeit nicht selbst leisten zu müssen, zum anderen aus finanziellen Gründen. Aus denselben Gründen zögerten diese jedoch die Sache hinaus. Im Fall des Arbeiterheims Häring beispielsweise schrieb der Restitutionsfonds schließlich deutlich genervt: „Es geht wohl nicht an, dass wir Euer Eigentum[,] nachdem wir es

¹⁵⁰ Für die Sonne: Karl Kunst an Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen, 8.9.1950. ÖGB Wien, RSO. Abteilung IXd (Vermögenssicherung) an Rk beim LG Ibk, 10.2.1948. TLA, ATR, Abt. IXd, Akt 3207. Für die Besitzungen in Tirol eine kurze Übersicht bei Köfler, Auflösung und Restitution, 104–106.

¹⁵¹ Akten dazu in TLA, ATR, Abt. IXd, Akt 3207.

¹⁵² Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes der SPÖ Tirol, 27.6.1949. SPÖ-A, Ordner LPV Protokolle 1945–31.12.1958.

¹⁵³ Protokoll über die Sitzung des Landesparteivorstandes der SPÖ Tirol, 20.11.1950. Ebd.

¹⁵⁴ Sachverständiger Josef Werbitsch an Rückstellungskommission beim LG Ibk, 10.12.1950. ÖGB Wien, RSO.

¹⁵⁵ Vergleichsausfertigung zu Rg 3/50/12, 19.12.1950. TLA, ATR, Abt. IXd, Akt 3207.

¹⁵⁶ Eintragungen im A-Blatt der EZI. 693 II und EZI. 594 II. BG Ibk, Grundbuch KG II/Innsbruck.

mühevoll genug erkämpft haben, nun auch noch für Euch weiter verwalten.“¹⁵⁷ Im Vorfeld hatte die Lokalorganisation Häring, die wieder einen Verein Arbeiterheim gegründet hatte, von der Landesparteileitung eine schnelle Übertragung ihres Besitzes verlangt und drohte sogar mit einem Rückstellungsprozess.¹⁵⁸ Das Haus sei damals von den Vereinsmitgliedern „im Schweiße des Angesichtes“ erbaut worden, weder die Partei noch der Restitutionsfonds hätten „einen Groschen beigetragen“. Die Idee, den gesamten rückgestellten Besitz von einer Zentrale in Innsbruck verwalten zu lassen und die Unkosten verschuldeter Heime „mit Geldern gut verwalteter“ zu decken, sei ein „Traum“, dem die Lokalorganisation keinesfalls zustimmen werde.¹⁵⁹

Die Partei dachte wirklich daran, die finanziellen Belange aller Tiroler Arbeiterheime zentral zu steuern und reaktivierte im Oktober 1951 den Verein Arbeiterheim als Dachverband aller restituierten Häuser.¹⁶⁰ Aber auch dieser konnte das grundsätzliche Problem nicht lösen. Das Arbeiterheim Häring steht nur beispielhaft für das Dilemma, in dem die Partei steckte. Die finanzielle Situation erlaubte es nicht, alle 1934 beschlagnahmten Gebäude wieder zu übernehmen, denn auch wenn sie eigentlich einer der sozialdemokratischen Organisationen und nicht ihr selbst gehörten, so litten auch diese unter Geldmangel, konnten ihre eigenen Häuser nicht erhalten und erwarteten von der Partei Unterstützung. Im Oktober 1951 debattierte der Parteivorstand über zwei Vorschläge, was mit der Sonne geschehen sollte. Einer lautete, den gesamten Komplex zu verkaufen, einen Teil des Erlöses in die Druckerei zu investieren und mit dem anderen ein neues Parteiheim zu errichten. Der zweite kam von der Bundespartei in Wien, die das ehemalige Hotel Sonne, nun eine Ruine, ebenfalls verkaufen wollte. Die Hälfte des Erlöses sollte in die Druckerei fließen, die andere in eine Gesellschaft, die ein Hotel bauen sollte. Die SPÖ Tirol selbst sollte in der Salurner Straße bleiben.¹⁶¹ Die Sache zog sich hin, so dass der Landesparteiivorstand im November 1951 beschloss, zusätzlich mit der Adambrauerei zu verhandeln.¹⁶²

Noch offen war die Frage, wie der Komplex bzw. der Verkaufserlös zwischen den beiden Restitutionsfonds aufzuteilen war, dem der sozialdemokratischen Organisationen und dem der Freien Gewerkschaften. Die ehemals Freien Gewerkschaften verlangten zuerst die Hälfte, was die Partei aber nicht akzeptierte, da vor 1934 einzelne Gewerkschaften dem Verein Arbeiterheim zwar Darlehen gewährt hatten, damit aber kein Anrecht auf Besitz verbunden war.¹⁶³ Es kursierten verschiedene Zahlen und schließlich einigten sich die beiden Restitutionsfonds im November 1952 auf die Summe von rund 300.000 Schilling, zahlbar nach dem erfolgten Verkauf von der Partei an den ÖGB.¹⁶⁴ Da sich die Verkaufsverhandlungen immer wieder verzögerten und die Partei weiter unter akutem Geldmangel litt, verringerte der Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften nach und nach die Summe. Im März 1955 hatte er sie schon auf 150.000 reduziert, was der Partei immer noch zu viel war. Die Druckerei war immer noch defizitär, die Volkszeitung (Tirol) und der Vorarlberger Volkswille (Vorarlberg) erschienen in relativ kleiner Auflage und wirtschafteten nicht kostendeckend, so dass die SPÖ Tirol immer für die Defizite aufkommen musste.¹⁶⁵ Im Mai 1955 war der Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften bereit, sich mit 120.000 zufrieden zu geben.¹⁶⁶ Auch dieser Betrag floss nicht automatisch, der Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften musste ihn immer wieder einmahnen, zuletzt im Juli 1958.¹⁶⁷

Wer die Sonne nun für welchen Zweck erwerben wollte, blieb noch für lange Zeit ungeklärt. Der Sachverständige schätzte im Januar 1952 den Wert des Komplexes auf rund 4 Millionen S, die Partei wollte um diese

¹⁵⁷ Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen an Landesparteiivorstand Tirol, 15.4.1950. SPÖ-A, Rückgabe.

¹⁵⁸ Verein Arbeiterheim Häring an Landesparteileitung, 14.3.1950. Ebd.

¹⁵⁹ SPÖ-Lokalorganisation Häring an Landesparteileitung, 17.5.1950. Ebd.

¹⁶⁰ Protokoll der Sitzung des Landesparteiivorstandes der SPÖ Tirol, 8.10.1951. SPÖ-A, Ordner LPV Protokolle 1945–31.12.1958.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Protokoll der Sitzung des Landesparteiivorstandes der SPÖ Tirol, 19.11.1951. Ebd.

¹⁶³ Protokoll über die Sitzung des Landesparteiivorstandes der SPÖ Tirol, 25.2.1952. Ebd.

¹⁶⁴ Aktenvermerk Hotel „Sonne“ – Innsbruck, 30.11.1952. ÖGB Wien, RSO.

¹⁶⁵ Landeshauptmannstellvertreter Hüttenberger an Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften, 18.3.1955. Ebd.

¹⁶⁶ Landesparteiivorstand Tirol an FSG Innsbruck, 24.5.1955. Ebd.

¹⁶⁷ Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften an Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen, 11.7.1958. Ebd.

Summe das frühere Hotel am Südtiroler Platz 14–16 verkaufen und das frühere Gewerkschaftshaus in der Salurner Straße 2 als Parteiheim behalten.¹⁶⁸ Mit dem Geld wollte die Tiroler SPÖ das neue Druckereigebäude fertigstellen und die Ausstattung kaufen, Darlehen der Arbeiterbank und der Freien Gewerkschaften zurückzahlen und den Umbau sowie die Beseitigung von Bombenschäden in der Salurner Straße 2 finanzieren.¹⁶⁹ 1952 verhandelte die SPÖ Tirol mit der Adambrau, der Brauerei Zipf, der Finanzlandesdirektion, dem Verband Wiener Arbeiterheime, einer nicht näher genannten Wiener Finanzgruppe und einem Hotelier aus Salzburg. Der Verband Wiener Arbeiterheime, der sich ebenfalls für das Hotel Sonne interessierte und „diesen herrlichen Platz dem Zugriff kapitalistischer Geschäftemacher zu entziehen und der österreichischen Arbeiterschaft zu erhalten“ versucht hatte, lehnte „blutenden Herzens“ ab. Auch die Brauerei Zipf war nicht interessiert, ebenso wenig die Adambrau oder die Finanzlandesdirektion.¹⁷⁰ Immer noch nutzte die Polizei den Arrest, der ja größtenteils auf einer Parzelle der rückgestellten Sonne stand. 1954 anerkannte das Innenministerium grundsätzlich den Anspruch des Restitutionsfonds auf Mieteinnahmen aus dem Arrest. Rückwirkend mit Januar 1951 bezahlte der Bund nun Miete für den Polizeiarrest, den die Bundespolizei erst mit Errichtung eines eigenen Gebäudes (Kaiserjägerstraße) räumen musste.¹⁷¹

Auch 1953 scheiterten alle Verhandlungen am Preis. In diesem Jahr berichtete die FSG dem ÖGB in Wien über ihre Probleme wegen eines Standortes in Innsbruck. Der ÖGB Tirol residierte immer noch in der Arbeiterkammer in der Maximilianstraße 7, die SPÖ Tirol ebenso. Die Tiroler FSG erinnerte an ihren alten Wunsch, wieder in die Sonne zu ziehen, und fragte nun den ÖGB, ob er bereit sei, die Ruine zu erwerben.¹⁷² Vor Wahlkämpfen thematisierten politische Konkurrenten, dass die beiden sozialistischen Organisationen immer noch in der Arbeiterkammer saßen. Schon im Landtagswahlkampf 1953 hatte die ÖVP der SPÖ und dem ÖGB vorgeworfen, sie stecke „Arbeitergroschen“ in prachtvolle Verwaltungsgebäude statt die Beiträge zu senken oder Geld in den Wohnbau zu investieren.¹⁷³ Im selben Jahr spottete die ÖVP im Innsbrucker Gemeinderatswahlkampf über die Ruine der Sonne:

„Der 1. Blick des Fremden, der die Stadt betritt, fällt auf das Hotel ‚Sonne‘ am Innsbrucker Bahnhofplatz; es gehört schon seit 1945 wieder den Tiroler Sozialisten. Obwohl sie das Schlagwort vom Wohnungs- und Wiederaufbau in ihren Reden und Zeitungen nicht genug abwandeln und predigen können, haben sie an dem Haus noch keinen Finger gerührt.“

Begleitet war der Vorwurf von einem Foto der nur notdürftig gesicherten Ruine am Südtiroler Platz 14.¹⁷⁴ Im Landtagswahlkampf 1957 bemerkte das Parteiorgan der ÖVP, die Tiroler Nachrichten, die SPÖ betrachte die Arbeiterkammer, obwohl diese von allen ArbeitnehmerInnen erhalten werde, als ihr Parteihaus.¹⁷⁵

Je länger sich die Verhandlungen mit möglichen Interessenten zogen und je mehr Absagen eintrafen, desto wahrscheinlicher wurde es, dass der ÖGB die Ruine erwarb, auch wenn er sich zunächst zierte, weil er „das ‚Hotel Sonne‘ kein zweites Mal“ kaufen wollte. Im März 1955 schließlich trafen sich Vertreter der Landespartei mit jenen eines Konsortiums, bestehend aus dem ÖGB, der Wiener Städtischen Versicherung, der All-Sport GmbH und der Arbeiterbank. Das Konsortium handelte den Kaufpreis auf 2,75 Millionen Schilling plus einem Zuschuss für die Renovierung des Parteiheimes plus der Rückzahlung der immer noch ausstehenden 120.000 Schilling für die Darlehen von vor 1934 herunter. „Wäre der Restitutionsfonds ein Fremder, könnten wir streiten“, stellte Hüttenberger im Parteivorstand resigniert fest. Mit dem Erlös wollte die SPÖ im Parterre Geschäftslokale einbauen, in den zwei Stockwerken darüber waren Büros für die Parteiorgani-

¹⁶⁸ Sachverständiger Josef Werbitsch, Ergänzungsniederschrift zur Schätzung vom 31. Januar 1952, 31.1.1952; Hüttenberger an Kaufinteressenten, 26.2.1952. SPÖ-A, Rückgabe.

¹⁶⁹ Hüttenberger an SPÖ-Vorstand Wien, 26.3.1952. Ebd.

¹⁷⁰ Verband Wiener Arbeiterheime an Hüttenberger, 7.5.1952; Brauerei Zipf AG an Hotel Sonne GmbH, 27.3.1952; Adambrau an Hotel Sonne GmbH, 27.3.1952; Finanzlandesdirektion an Hotel Sonne GmbH, 11.8.1952. Ebd.

¹⁷¹ Bundesministerium für Inneres an Landeshauptmannstellvertreter Hüttenberger, 11.10.1954; Hüttenberger an Rechtsanwalt Karl Höflinger, 24.11.1954. Ebd.

¹⁷² FSG an ÖGB Wien, 12.5.1953. Ebd.

¹⁷³ ÖVP Tirol, Die Heimat im Bilde, o. D. (1953). Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Schachtel Wahlwerbung 1945–1956, Umschlag Landtagswahlen 25.10.1953.

¹⁷⁴ ÖVP, Werbebroschüre, o. D. (1953). Ebd.,

¹⁷⁵ Die Sozialistische Partei, in: Tiroler Nachrichten, 11.10.1957, 3.

sation geplant, im vierten ein Studentenheim.¹⁷⁶ Vor Abschluss des Kaufvertrages war noch die Frage zu klären, was mit dem Teil des Grundes, der schon vor 1934 der Stadt Innsbruck gehört und bei der Rückgabe-Verhandlung nicht von ihr reklamiert worden war, geschehen sollte. Es handelte sich immerhin um 868 m² in bester Lage. Die Stadt Innsbruck unter Bürgermeister Franz Greiter war auf Wunsch des Restitutionsfonds bereit, ihre Forderung nur mehr an den Verein Arbeiterheim zu richten, um den geplanten Verkauf nicht zu behindern.¹⁷⁷ Obwohl die Partei mit dem Verkaufserlös, der schlussendlich 2.532.000 S betrug, nicht zufrieden war, unterschrieb sie am 16. April 1956 den Vertrag.¹⁷⁸

Der ÖGB besaß nun eine Ruine, wollte das neue Gewerkschaftshaus auf eine gesunde finanzielle Basis stellen und plante ein Bürogebäude, in dem die Anteile besitzenden Firmen ebenso einziehen und Miete bezahlen sollten wie die einzelnen Gewerkschaften. Er beauftragte den Architekten Herbert Neubauer, der die neue Sonne in der damals modernen Skelettbauweise anlegte. Im August 1959 besiedelte der ÖGB und die Teilgewerkschaften den Neubau am Südtiroler Platz 14–16.¹⁷⁹

Die Verhandlungen mit der SPÖ Tirol zogen sich noch viele Jahre. Sie nutzte zwar das Haus in der Salurner Straße 2, besaß es aber nicht. Im April 1961 erinnerte das Zentralsekretariat der SPÖ in Wien die Tiroler Organisation daran, dass das Haus offiziell noch immer dem Restitutionsfonds gehörte, obwohl es „die Landespartei resp. der Verein oder sonst wer“ nutzte und von den Mieteinnahmen profitierte. Die Landespartei möge sich schnellstens um einen Übergabevertrag bemühen.¹⁸⁰ Im Mai reagierte der Tiroler Landespartei-vorstand und beschloss, die Liegenschaft in den Besitz der Landesorganisation zu überführen.¹⁸¹ Es dauerte dann noch bis zum Juli bzw. November 1962, bis alle beteiligten Stellen das Rückgabeübereinkommen unterschrieben und die SPÖ Tirol nun offiziell im Grundbuch aufschien.¹⁸² Sie musste der Stadt Innsbruck die Summe von 33.000 S zahlen, und zwar für die Parzellen, die 1950 irrtümlich dem Restitutionsfonds übertragen worden waren.¹⁸³ Dafür standen ihr 240.000 S zu, die der Fonds aus dem Verkauf an den ÖGB/die Bürohausgesellschaft erlöst hatte. Diesen Betrag musste die Landesorganisation, die im Mai 1963 mit dem Umbau des Hauses begonnen hatte, allerdings mehrere Male einmahnen.¹⁸⁴ Sie brauchte das Geld dringend, denn die Baubewilligung aus dem Jahr 1961 drohte zu verfallen. Die Bewilligung für die umfangreichen Bauarbeiten hatte das Stadtbauamt nämlich schon fast zwei Jahre zuvor erteilt. Nach dem Umbau war das Erdgeschoß zur Straße hin gänzlich verglast, darin und im Hochparterre waren Geschäfte eingemietet; im ausgebauten Dachgeschoß waren Sitzungssäle eingerichtet; der Haupteingang lag im Hof.¹⁸⁵

¹⁷⁶ Sitzung des Landespartei Vorstandes der SPÖ-Tirol, 17.3.1955. am 17. März 1955. SPÖ-A, Ordner LPV Protokolle 1945–31.12.1958.

¹⁷⁷ Bürgermeister Greiter an Ferdinand Obenfeldner, Entwurf, in Abschrift an die Mitglieder des Stadtrates, 11.10.1955. SPÖ-A, Rückgabe.

¹⁷⁸ Kaufvertrag, 16.4.1956. BG Ibk, Grundbuch KG II/Innsbruck, Urkundensammlung 1956, GZ 4236/56.

¹⁷⁹ Sabine Pitscheider, Die „Sonne“ – Das Haus der Gewerkschaften in Innsbruck, in: Horst Schreiber/Rainer Hofmann, 60 Jahre ÖGB Tirol. Geschichte – Biografien – Perspektiven, Wien 2004, 25–47, hier: 39 f. 1989/90 änderten sich die Besitzverhältnisse wieder: Der immer noch bestehende Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften kaufte die Anteile der BAWAG und der Wiener Städtischen, die Jahre zuvor die Anteile der All-Sport gekauft hatte. Grundbuch-Auszug zu EZI. 693 II/Innsbruck. BG Ibk.

¹⁸⁰ SPÖ-Zentralsekretariat Wien an SPÖ Landesorganisation Tirol, 20.4.1961. SPÖ-A, Rückgabe.

¹⁸¹ SPÖ-Landesorganisation Tirol an Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen, 15.5.1961. Ebd.

¹⁸² Rückgabeübereinkommen, 24.7.1962 (Unterschrift Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen), 13.11.1962 (Unterschrift der SPÖ-Landesorganisation Tirol). BG Ibk, Urkundensammlung 1963, GZ 1112/63. Die Eintragung ins Grundbuch verzögerte sich um einige Monate, weil Bescheinigungen fehlten. Erst Ende Feber 1963 bestätigte das Innenministerium, dass Karl Mantler als Geschäftsführer des Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen berechtigt war, den Rückgabevertrag zu unterschreiben. Bundesministerium für Inneres, Bescheinigung, 28.2.1963. Ebd.

¹⁸³ Landespartei sekretär Ferdinand Kaiser an Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen, 21.5.1962. SPÖ-A, Rückgabe.

¹⁸⁴ Landespartei sekretär Ferdinand Kaiser an Restitutionsfonds der sozialdemokratischen Organisationen, 4.4.1963, 28.5.1963. Ebd.

¹⁸⁵ Stadtbauamt, Bescheid, 20.10.1961. StAI, Akten Abt. VI Bau/Docuware, Salurner Straße 2, Zl. VI-5278/1961. Pläne finden sich in SPÖ, Ordner SPÖ Haus: Pläne Behörde Gutachten.

Bibliographie

1. Akten

Bezirksgericht Innsbruck (BG Ibk)
Grundbuch

Landes- als Handelsgericht Innsbruck
Firmenbuch

ÖGB Wien Restitutionsfonds

SPÖ, Landesorganisation Tirol/Archiv (SPÖ-A)
Landespartei Vorstand Protokolle
Ordner Restitution
Ordner SPÖ Haus: Pläne Behörde Gutachten
Ordner SPÖ Haus: Objekte

Stadtarchiv Innsbruck (StAI)
Akten Abt. VI Bau 1935
Akten Abt. VI Bau/digitalisierter Mikrofilm (Docuware)
Ratsprotokolle 1918
Karton Polizeiberichte 1945–1947
Karton Wahl Gr. XIX 1919
Karton Wahl Gr. XIX 1921–1924
Ordner Schadensfeststellung
Sonderfascikel Polizeiverbundlichung

Tiroler Landesarchiv (TLA)
Amt der Tiroler Landesregierung (ATLR), Abt. I 1927
ATLR, Abt. IXd (Vermögenssicherung)
ATLR, Präsidiale 1924
ATLR, Präsidium 1932, 1933, 1934, 1938
Bundespolizeidirektion Innsbruck, Polizeigefängnis Innsbruck
Kommando der Schutzpolizei Innsbruck Luftschutzakten
Landesgericht Innsbruck (LG Ibk), Rückstellungskommission (Rk)

Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum
Schachtel Wahlwerbung 1945–1956

2. Internet

<https://www.parlament.gv.at>

3. Zeitungen/Zeitschriften

Alpenland
Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck
Bote für Tirol
Innsbrucker Nachrichten
Der Obdachlose und Wohnungsuchende
Tiroler Anzeiger
Tiroler Bauernzeitung
Tiroler Nachrichten
Reichspost
Volkszeitung

4. Gedruckte Quelle

Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, hg. vom Bundesamt für Statistik, Wien 1923.

5. Literatur

Albrich Thomas/Gisinger Arno, Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943–1945 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 8), Innsbruck 1992.

Bundschuh Werner, Das Dornbirner Arbeiterheim – ein sozialdemokratischer Dorn im „bürgerlichen Fleisch“, in: Stadtarchiv Dornbirn (Hg.), Dornbirner Schriften. Beiträge zur Stadtkunde 22, 59–132.

Gehler Michael, Die Volkspartei in Tirol 1945–1994, in: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien–Köln–Weimar 1995, 645–700.

Graf Georg, Die österreichische Rückstellungsgesetzgebung. Eine juristische Analyse (Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission Bd. 2), Wien–München 2003.

Hanisch Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 2005.

Hofinger Niko, „Unsere Losung ist: Tirol den Tirolern!“ Antisemitismus in Tirol 1918–1938, in: zeitgeschichte 3/4 (1994), 83–108.

Hye Franz-Heinz, Die politischen Kräfte in Innsbruck 1918–1938, in: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hg.), Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938, Innsbruck–Wien–München–Bozen (unveränderter Nachdruck der Erstauflage 1988) 2002, 143–168.

Hye Franz-Heinz/Justić Josefina, Innsbruck im Spannungsfeld der Politik 1918–1938. Berichte – Bilder – Dokumente (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 16/17), Innsbruck 1991.

Köfler Gretl, Auflösung und Restitution von Vereinen, Organisationen und Verbänden in Tirol (Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission Bd. 21/3), Wien–München 2004.

Müller Wolfgang C., Die Organisation der SPÖ 1945–1995, in: Wolfgang Maderthaler/Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995 (Sozialistische Bibliothek Abteilung 3: Die sozialdemokratische Bewegung 1), Wien 1996, 195–356.

Pitscheider Sabine, Von der Demokratie zu Diktaturen – Innsbruck 1933 bis 1938, in: Matthias Egger (Hg.), „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen.“ Innsbruck zwischen Diktatur, Krieg und Befreiung 1933–1950 (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 71), Innsbruck 2020, 11–46.

Pitscheider Sabine, Das „Schandwahlrecht“ – Gemeinderatswahlen in Innsbruck 1900 bis 1914, in: Zeit – Raum – Innsbruck (Schriftenreihe des Innsbrucker Stadtarchivs Bd. 15), Innsbruck 2019, 59–80.

Pitscheider Sabine, „... aber Not bricht Eisen“. Die Plünderungen in Innsbruck im Dezember 1919, in: Zeit – Raum – Innsbruck (Schriftenreihe des Innsbrucker Stadtarchivs Bd. 13), Innsbruck 2014, 53–80.

Pitscheider Sabine, Die „Sonne“ – Das Haus der Gewerkschaften in Innsbruck, in: Horst Schreiber/Rainer Hofmann, 60 Jahre ÖGB Tirol. Geschichte – Biografien – Perspektiven, Wien 2004, 25–47.

Plattner Irmgard, Fin de Siècle in Tirol. Provinzkultur und Provinzgesellschaft um die Jahrhundertwende, Innsbruck–Wien 1998.

Schober Richard, Aufstieg und Fall der Tiroler Heimatwehr (1928–1936), in: Tiroler Heimat (1997), 61. Band, 171–213.

Schreiber Horst, Die Geschichte der Tiroler Sozialdemokratie im Überblick, in: Rainer Hofmann/Horst Schreiber (Hg.), Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge, München–Innsbruck 2003, 15–56.

Tálos Emmerich, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938, Wien–Berlin ²2013.

Walder-Gottsbacher Peter, Vom Wirtshaus zum Grand-Hotel. Ein Spaziergang zu Innsbrucks historischen Gaststätten (Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs NF 28), Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002.

Weber Fritz, Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950, Wien 1986.

Impressum:

Medieninhaberin & Herausgeberin:
SPÖ Tirol, Salurner Straße 2, 6020 Innsbruck

Für den Inhalt Verantwortlich:

Sabine Pitscheider, Mag.^a Dr.ⁱⁿ, Studium Geschichte/Romanistik Universität Innsbruck; seit 2014 Zeithistorikerin im Wissenschaftsbüro Innsbruck e.V. Forschungsschwerpunkt Regionalgeschichte: Politische Entwicklungen 1920er und 1930er Jahre, Strukturen und Entwicklungen von Faschismus/Nationalsozialismus; Umgang mit NationalsozialistInnen nach 1945; Vermögensverschiebungen von 1934 bis 1945, Restitution.

